

Riefjaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Riefjaer, Postfach Nr. 22.

Das Riefjaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefjaer, des Rates der Stadt Riefjaer, des Finanzamts Riefjaer und des Hauptzollamts Weißen beiderseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22, Riefjaer, Postfach Nr. 22.

Nr. 157.

Donnerstag, 9. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefjaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres 24 Mark. Die Nummer des Abgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 8 mm hohe Druckschicht (6 Seiten) 26 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefjaer. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riefjaer. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Leichgräber, Riefjaer; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefjaer.

Die Konferenz von London.

Als in der letzten Woche das Kabinett MacDonald anregte, unmittelbar nach der französisch-amerikanischen Einigung über den Hooverplan eine Konferenz in London abzuhalten, fand diese Einladung in Paris eine beinahe erböte Ablehnung. Als aber jetzt am 7. Juli der englische Botschafter Lord Tyrrell der französischen Regierung erneut die Einladung überbrachte, wurde diese sofort mit verbindlichem Danke angenommen. Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten und Deutschlands werden sich somit zu Beginn der nächsten Woche in London ein Stellbühnen geben.

Die Fragen, die sie zu erörtern haben, bedürften vorerst noch der Klärung. Es ist aber kaum anzunehmen, daß das Problem des Garantiefonds große Schwierigkeiten macht, nachdem die Franzosen sich bereit erklärt haben, die mehr als 400 Millionen RM., die sie nach dem Youngplan im Falle eines deutschen Moratoriums nach Paris zu entrichten haben, in Monatsratenzahlungen nach Paris abzuführen. Auch Schatzkanzler Snowden, der eifrig und gewissenhafte Hüter des englischen Staatskassens, dürfte letztlich gegen diese französisch-amerikanische Vereinbarung keine im Unterhause bereits vorgetragenen Ausstellungen aufweisen.

Wesentlich anders ist es um die Sachleistungen bestellt. Nachdem festgestellt, daß der deutsche Reichshaushalt im laufenden Reparationsjahr von allen Reparationszahlungen befreit wird, fallen auch die Riesenbeträge für Sachlieferungen, die 600 Millionen RM. übersteigen, weg. Nun gibt es aber eine stattliche Reihe von letzten Sachlieferungsverträgen, deren Durchführung im Jahre nahezu 150 Millionen RM. erfordert. Was soll aus diesen Verträgen werden? Das ist die Frage, über die man sich schon in Paris die Köpfe zerbrach. Handelt es sich dabei doch vielfach um Unternehmungen, die mitten im Bau befindlich sind und ohne schwere wirtschaftliche Schädigungen nicht unterbrochen werden können. Man denke nur an den Bau von Stauewerken, elektrischen Anlagen und dergleichen mehr. Andererseits ist die deutsche Wirtschaft, die unter einer notorischen Arbeitslosigkeit leidet, an dem Fortbestand mancher Sachlieferungsverträge nicht uninteressiert. Fest steht jedenfalls, daß sachliche Leistungen in dem jetzt begonnenen Reparationsjahr faktisch auch bezahlt werden müssen. Die Sachverständigen, die in der nächsten Woche in London zusammenzutreten, werden die Mittel und die Wege auszufundamentieren haben, auf denen diese Zahlung erfolgt.

Eine besonders harte Kluft, die von den Sachverständigen aufgebracht werden soll, bilden die Jahresraten, in denen die jetzt gestundeten Reparationssummen in den Jahren 1933 bis 1943 zurückgezahlt werden sollen. Es handelt sich hierbei um jeweils 150 Millionen RM., die über den Youngplan hinaus den deutschen Reichshaushalt belasten werden. In Paris hat sich niemand darüber Sorgen gemacht, ob das Deutsche Reich diese Summe überhaupt aufzubringen vermag. Diese Feststellung bedarf allerdings einer Einschränkung, insofern nämlich diese Sorge in den letzten 14 Tagen nicht zum Ausdruck kam. Vor etlichen Monaten freilich, als ein weltberühmter Sachverständigenauschuß unter Vorsitz des Amerikaners Owen Young in Paris tagte, legte man einen Reparationsplan fest, der das Höchstmaß der deutschen Zahlungsfähigkeit fixierte. Dieser Plan ist der ganzen Welt unter dem Namen Youngplan bekannt. Wie jetzt über diese Höchstsummen hinaus das Deutsche Reich zehn Jahre hindurch 150 Millionen mehr als der Youngplan vorschau, aufbringen soll, erscheint voreinstig schleierhaft.

Vermutlich werden sich die Sachverständigen Londons aber noch nicht darüber streiten, was geschehen soll und wird, nachdem das Schuldentierjahr vorüber ist. In Berliner politischen Kreisen macht man sich darüber aber schon heute sehr ernste Gedanken. Man hält es geradezu für selbstverständlich, daß eine neue große Reparationskonferenz zusammenzutreten wird, nachdem die finanzpolitische Lage des Deutschen Reiches und Europas einigermaßen geklärt ist. Diese Klärung liegt freilich erst dann vor, wenn die Auswirkungen des Schuldentierjahres sich einigermaßen übersehen lassen. Erst dann können aus dem Weltmoratorium die erforderlichen Schlußfolgerungen gezogen werden. Ob dies schon im nächsten Winter oder im Frühjahr möglich ist, will uns fraglich erscheinen. Man wird jedenfalls die Ergebnisse des Weltabstimmungskongresses abwarten, der am 3. Februar 1932 in Genf zusammentritt und demnach auch die amerikanischen Präsidentenwahl, die, wie man sich erinnern mag, bekanntlich erst im Spätherbst des nächsten Jahres stattfinden werden.

Es ist aber sehr leicht möglich, daß Präsident Hoover sich erneut veranlaßt sehen kann, mit starker Hand in das europäische Wirtschaftsleben einzugreifen. Staatssekretär Stimson, der auf seinem europäischen Sommerbesuche bereits in Rom eingetroffen ist, hat in seiner Westentasche nämlich den vikarischen Auftrag Hoovers, "beim Besuch der wichtigsten Hauptstädte Europas keinen verlässlichen Beitrag zur Lösung aller Fragen zu liefern, die im gegenwärtigen politischen Moment auf der Tagesordnung stehen, aller Fragen, keine ausgenommen". Wie sich daraus ergibt, hat die hohe amerikanische Außenpolitik Europa gegenüber eine vollkommene Neuorientierung eingeschlagen. Der Abstinenzpolitik gegenüber, die unmittelbar nach Kriegsende "Hände weg von Europa!" proklamierte, erscheint jetzt eine amerikanische Politik wachsenden Interesses und

Die Londoner Sachverständigen-Konferenz.

Washington, 9. Juli.

Der stellvertretende Staatssekretär Castle erklärte, daß Amerika sich an der technischen Konferenz zur Regelung der Ausführung des Hoover-Planes in London beteiligen werde. Die amerikanischen Delegierten würden zwar hauptsächlich als Beobachter auftreten, gleichzeitig aber dafür sorgen, daß die Entscheidungen der europäischen Finanzexperten sich innerhalb des Geistes des Hoover-Planes halten. Er hoffe, daß die Entscheidungen bald zustande kämen, möglichst schon vor dem 15. Juli, damit der Hoover-Plan in Kraft sei, bevor die Zahlungen Deutschlands fällig werden.

Anerkennung für Deutschland

Die Regierung der Vereinigten Staaten stelle mit Befriedigung fest, daß die Reichsregierung das Möglichste tue, um die Finanzlage zu bessern, insbesondere sei der gemeldete Garantiefonds der deutschen Banken und Industrieunternehmen ein sehr erfreuliches Zeichen.

... und ein Dämpfer

Ferner gab der stellvertretende Staatssekretär einen Kommentar zu seiner historischen Darstellung der Entwicklung des Hoover-Planes. Er erklärte, der Präsident habe unter anderen Plänen die zeitweise Revision der Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen erwogen, jedoch habe ihm der Vorschlag einer Revision der bestehenden Verträge ferngelegen.

Der Präsident, so führte Castle dazu aus, habe zu keiner Zeit irgendeine dauernde Revision der ausländischen Schuldregelungen in Vorschlag gebracht oder erwogen. Das Thema sei lediglich von dem Gesichtspunkt aus erwogen worden, wie eine Abhilfe für die infolge der Weltdepression herrschenden zeitweiligen glücklichen Umstände geschaffen werden könnte.

Während der gesamten Verhandlungen sei dauernd an dem unverletzten Fortbestand (integrity) der erwähnten Vereinbarungen festgehalten worden. Die Ansichten der amerikanischen Regierung seien in der Verlautbarung des Präsidenten vom 20. Juni voll zum Ausdruck gekommen und bei den Verhandlungen wäre nichts anderes mitzubegriffen.

Londoner Sachverständigenkonferenz am 17. Juli?

In London. Die Reuter erfährt, wird damit gerechnet, daß die Sachverständigen am 17. Juli in London zusammentreten werden.

England beabsichtigt noch eine Regierungskonferenz.

Wah. Im Zusammenhang mit der Einigung über den Hoover-Plan ist eine Konferenz der Finanzsachverständigen der einzelnen Länder notwendig geworden, die die technische Abklärung der Dinge vornehmen soll, die nach in ihren Einzelheiten geregelt werden müssen. Auf dieser Konferenz sind natürlich keine politischen Fragen mehr zu entscheiden, sondern es handelt sich lediglich darum, die technische Durchführung der Bestimmungen des Hoover-Planes so zu regeln, daß durch ein Zusammenarbeiten der beteiligten Länder jede Reibung vermieden wird. Diese Konferenz soll in der nächsten Woche in London stattfinden.

Von England ist der Gedanke ausgegangen, im Anschluß an diese technische Konferenz eine Regierungskonferenz nach London einzuberufen, die vielleicht die Ratifizierung der Vereinbarungen der Experten vorzunehmen hätte. Dieser Plan, der in der französischen Presse mit Beifall

aktiver Einnischung in die europäische Politik und Wirtschaft. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas sind nicht gewillt und nicht in der Lage, wie das letzte Eingreifen des Präsidenten Hoover klar bewies, dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und der Reichsfinanzen in völliger Passivität gegenüberzutreten. Im Interesse seiner eigenen Wirtschaft ist Washington logischerweise, wie die Pariser Verhandlungen beweisen, der französischen Reparationspolitik ein Paroli zu bieten. Dies ist ein neuer Faktor in der hohen Politik der Weltmächte, dessen Tragweite und Auswirkungen sich zur Stunde noch gar nicht übersehen lassen.

Luther fährt nach London?

Berlin, 9. Juli.

Nach einer Londoner Meldung des "Berliner Tageblattes" wird Reichsbankpräsident Dr. Luther nach London fahren, um, wie es in den Meldungen heißt, über eine neue

begrußt worden ist, dürfte nicht überall ungeteilte Zustimmung finden, auch bei der deutschen Regierung nicht; denn zur Ratifizierung der Abmachungen der Finanzminister wäre der umständliche Apparat einer internationalen Ministerzusammenkunft nicht erforderlich. Das läßt sich auf dem üblichen Wege des diplomatischen Notenwechsels einfacher und weniger kostspielig erledigen. Die verantwortlichen Staatsmänner werden in den nächsten Wochen ohnehin Arbeit, auch Konferenzarbeit genug haben. Wenn Berlin die Vertreter der englischen Regierung und den amerikanischen Staatssekretär Stimson empfangen hat, werden die Vertreter der deutschen Regierung ihre Besuche in Paris und Rom machen, um die durch den Abschluß des Hoover-Planes eingeleitete neue Ära der Verhandlung in freundschaftlicher Unterhaltung weiter auszubauen. Die Meldung, daß Mussolini nach Deutschland oder wenigstens durch Berlin kommen will, ist noch nicht offiziell bestätigt. Von den zuständigen deutschen Stellen wird verhoffentlich, daß er eines freundschaftlichen Empfanges sicher sein könne.

D. Hoelsch bei Ministerpräsident Caval.

In Paris. Die Unterredung, die Botschafter v. Hoelsch gestern abend mit Ministerpräsident Caval hatte, fand statt, weil Außenminister Briand, der sich für einige Tage nach Paris begeben hat, erst Ende dieser Woche wieder nach Paris zurückkehren wird. Im Laufe der Unterredung sind alle die Fragen besprochen worden, die sich aus der Annahme des Heierjahres durch alle interessierten Regierungen ergeben. Der deutsche Botschafter hat dabei auch die Bekämpfung der Reichsregierung darüber erklärt, daß der Vorschlag des Präsidenten Hoover nach Abschluß der Pariser Verhandlungen von allen Mächten angenommen worden ist. Er brachte dem Ministerpräsidenten Caval außerdem den Text der Botschaft des Reichskanzlers an Präsident Hoover vom 2. Juli und den Text der Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 7. Juli zur Kenntnis.

Hoelsch veröffentlicht eine offizielle Mitteilung über die Unterredung und teilt mit, daß die Verhandlungen über die sofortige Durchführung des allgemeinen Ferienjahres sehr aktiv betrieben wurden, so daß bereits am Montag, den 13. Juli, die internationale Zahlungsbank in Basel den französischen Antrag über die Bedingungen, zu denen Frankreich im Falle eines Youngplanmoratoriums den im Youngplan vorgesehenen Garantiefonds zu stellen hätte, prüfen würde. Am 17. Juli, heißt es in der Mitteilung weiter, werde in London die Konferenz der Sachverständigen beginnen, die sich mit der technischen Durchführung des Moratoriums und mit der Frage der Sachlieferungen beschäftigen solle. Bei diesen Verhandlungen werde Deutschland vertreten sein. Erst nach Beendigung der Arbeiten der Sachverständigen werde entschieden werden, ob eine Konferenz der Minister der verschiedenen interessierten Länder einschließlich Deutschlands notwendig sei, und wann sie in diesem Falle zusammentreten würde. Im übrigen wird in der Hoelschmeldung bemerkt, daß der Besuch des Reichskanzlers Brüning und des Reichsbankministers Curtius in Paris entweder in den letzten Julitagen oder zu Beginn des Monats August zu erwarten sein dürfte.

Kein Rücktritt Stimsons

Washington, 9. Juli.

Gerüchte, die davon wissen wollen, daß Stimson zurückzutreten beabsichtige, wurden hier aufs schärfste demontiert. Es wurde betont, daß der Staatssekretär wichtige Fragen in Europa zu besprechen hätte und sowohl das Abrüstungs- als auch das Schuldenproblem studieren werde.

Staatssekretär Stimson ist Mittwoch abend in Rom eingetroffen.

größere Anleihe für die Reichsbank zu verhandeln. Man dürfe wohl sofort mit der Reise rechnen.

1,6-Milliarden-Anleihe für Deutschland?

In London. Die Bank von England hat bisher die Meldung von einer Verlängerung des an die Reichsbank abgegebenen Vorstufes über den 16. Juli hinaus weder bekräftigt noch demontiert. In City-Kreisen rechnet man damit, daß den deutschen Banken eine Anleihe von mindestens 1,6 Milliarden gegeben werden muß.

Pariser Botsprechungen Gendersons nach dem Berliner Besuch.

London. (Funkdruck.) Manchester Guardian berichtet, Genderson werde von Berlin wieder nach Paris zurückkehren, um weitere Botsprechungen mit Briand durchzuführen.

Die Sommerferien sind da!

Das Wort „Ferien“ hat immer einen guten Klang, ganz gleich, ob es sich um „große“ oder „kleine“ handelt. Für unser Jugend aber ist das Wort Ferien sicher das allerhöchste in der deutschen Sprachlehre. Wir sind ja alle selbst einmal jung gewesen und wissen sicher noch ganz genau, wie freudig wir nach Hause strömten, wenn es heiß war: heute ist Schluss, die Ferien beginnen! Die heutige Jugend ist in dem Punkt gerade noch so wie vor Jahrzehnten. Man muß nur sehen und hören, wie eilig sie am Ferienbeginn die Schule verlassen — die Buben und Mädchen — wie sie jubeln und jauchzen! Spielen — spielen und wieder spielen — baden und schwimmen, buddeln usw., viel leicht auch zu Großvater und Großmutter, zu Onkel oder Tante aufs Land fahren, oder gar auch mit den Eltern an die See oder ins Gebirge reisen — was gäbe es für die Jugend wohl noch Schöneres!

Und die Erwachsenen? Nun, sie können auch alle ein paar Ferienwochen gut gebrauchen, um ihr körperliches und seelisches Wohlbefinden wieder herzustellen — zumal in diesen Zeiten schwerster Sorgen und Aufregungen für Millionen Menschen. Reisen kostet allerdings Geld und meistens mehr, als man veranschlagt hatte. Trotz alledem — wer in den ersten Ferientagen die großen Fernbahnhöfe besucht, wird das alte gewohnte Bild sehen: Scharen von Menschen im Reiseanzug kommen, beladen mit großen und kleinen Gepäckstücken, aufgeregtes Hin und Her, bis man im Zug sich selbst und alle Koffer, Taschen, Schirme, Stöcke, Hüte usw. „verstaubt“ hat! Und wenn dann das lange Zugungetöse sich bespannt mit 1-2 prustenden Dampfkesseln, in Bewegung setzt und Hunderte mit ihren Taschentüchern „Glückliche Reise“ winken — ja, dann freuen sich zwar alle die, die im Zug sitzen, aber die Zurückbleibenden gehen doch mit einem Wehgefühl im Herzen von dannen. Mag sich glücklich preisen, wer noch in der Lage ist, verreisen zu können! Wir wöllens ihnen nicht mißgönnen. Schließlich ist's ja, wirtschaftlich gesehen, gut, wenn noch Leute vorhanden sind, die verreisen können.

Wenn die, die der Stadt entfliehen, „draußen“ sind, dann sehen sie bald völlig verändert aus. Sie sind ruhiger geworden — man sieht's an den Gesichtern — sie fangen bald unter dem wohlthuenden Einfluß von Sonne, Wasser und Luft an, körperlich wohl auszusehen.

Wünschte der Wettergott allen Ferienreisenden gütig gefaßt sein und ihnen schönes Ferienwetter schenken, damit die Freude der Erholung ungetrübt sei! Aber auch den Heimgebliebenen viel Freude!

Vertikales und Sächsisches.

Miefa, den 9. Juli 1931.

Wettervorhersage für den 10. Juli 1931.
(Wetterdienst von der Sächsl. Landeswetterwarte zu Dresden.)
Wohlwollend bewölkt, vorwiegend trocken, nur zeitweilig etwas zur Unbehelligkeit reichendes Wetter. Tagestemperaturen ein wenig höher, anfangs noch lebhafter, in freien Geländestellen kühlere Winde aus westlichen Richtungen, im späteren Verlauf allmählich abflauend.

Daten für den 10. Juli 1931. Sonnenaufgang 3,54 Uhr. Sonnenuntergang 20,15 Uhr. Mondaufgang —. Monduntergang 15,31 Uhr.
1509: Der schweizerische Reformator Johannes Calvin in Noyon geb. (gest. 1564).

Anderweitige Fekskung der Schalterdienststunden beim Zweig-Postamt Miefa 3 (Stadtteil Gröbna):

bisher	8-12,30	15-18 Uhr.
ab 12. Juli 8-12	15-18 Uhr.	

Goldene Hochzeit. Am Freitag, den 10. Juli, feiert Herr **Worisch Schade**, wohnhaft Bahnhofsstraße 14, mit seiner Frau das goldene Jubiläum. Das Jubelpaar, im 76. bzw. 71. Lebensjahre lebend, reichete sich die Hand zum Bunde vor 50 Jahren in der Klosterkirche, in der es auch im goldenen Schmuck wieder eingekragt wird. Westwellige Zeiten waren ihm beschieden. Er war anfangs ein schlichter Handwerksmeister, wurde dann Kantinenwirt auf dem Truppenübungsplatz Zeithain und später Besitzer des Restaurants „Bürgerhof“. Nach Verkauf des Grundstückes lebt er als Kleinrentner, den die Inflation um das Seine gebracht hat, mit seiner Frau in stiller Zurückgezogenheit. Wüßten dem wertgeschätzten Jubelpaar noch recht viele sonnige Tage des Lebens beschieden sein.

Fällige Steuern. Am amtlichen Teil vorliegender Tagesblattausgabe erklärt das Finanzamt Miefa eine Erleichterung an die 2. Rate Einkommensteuer 1931 der Gewerbetreibenden, an die Umsatzsteuervorauszahlungen für das 2. Vierteljahr 1931 und an die am 15. Juni 1931 fällig gewordene Gewerbesteuer.

Einbruchsdelikte. Gestohlen wurden in der Nacht zum 9. 7. 31 in dem Verkaufsraum des Friseurgeschäftes Großenhainer Straße 18 gegen 200 Zigaretten in Wert, über und über-Packungen, Marken Kosmos-Kairo, Bulgaria Stern und Krone und Salem Gold. Der bzw. die Täter sind Offiziers- und Großenhainer Straße über den Gartenzaun geschritten, haben an einem Fenster eine Glascheibe demoliert und haben sich dann nach Aufwindelung und Öffnen eines Fensters durch Einstiegen Zugang in das Friseurgeschäft verschafft. Zweckdienliche Angaben hierüber erbittet die Kriminalpolizei.

Morddelikt. — Polizeibericht. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind von einem Dieb an der Pauliner Landstraße Frühlingskaffeln gestohlen worden. Wahrscheinlich, die zur Aufklärung des Diebstahls dienen können, erbittet die hiesige Polizeiwache.

Sonderfahrt nach Schmarnowitz. Am Sonntag, den 12. 7. 1931, veranstaltet der Städtliche Kraftverkehr Miefa bei ansehender Beteiligung eine öffentliche Sonderfahrt ins Waldbad Schmarnowitz. Es wird damit Gelegenheit gegeben, die sehenswerte Badeanlage zu besichtigen und ausgiebig zu benutzen sowie herrliche Waldspaziergänge zu unternehmen. Die Fahrt beginnt um 9 Uhr an der Autobusse Pauliner Straße. Jugendlichen werden kann am Hof, Friedrich-Ebert-Platz und Gasthof Werzdorf. Wir verweisen besonders noch auf die Anzeige im Inseratenteil in vorliegender Ausgabe.

Lichtbilderverwerb. Wir machen schon recht darauf aufmerksam, daß Sonnabend, am 18. Juli, zu einem großen Lichtbilderverwerb des Vereins Heimatmuseum in Miefa u. a. B., aufgefördert wird. Der Zweck dieses Wettbewerbes ist, schöne photographische Aufnahmen zu erhalten, die für unsere Heimatstadt Miefa und ihre Umgebungen charakteristisch sind. Es kommen in Frage Aufnahmen an der Natur in allen Jahreszeiten, aus dem Leben des Volkes, Bauten und Kunstgegenstände.

Der Chor der Oberrealschule sang gestern abend trotz ziemlich kühler Witterung im Stadtpark eine große Reihe von Liedern deutscher Melodie (Wagner, Weber, Schumann, Hauptmann u. a.), sowie von Volksliedern aus allerlei Ländern. Die zahlreiche Zuhörerschaft spendete den wackeren Sängern und ihrem Leiter, Herrn Studententat Schönebaum, lebhaften Beifall. Der Strauß der Walzer „Geschichten aus dem Wiener Wald“ beschloß den wohlgeklungenen Vesperabend. Mit vielem Dank schied man von dem schon so oft im Dienst der Allgemeinheit bewährten Oberrealschulchor.

Die Empfangsfeier für die dänischen Kinder im Stadtpark hatte gestern abend eine riesige Menschenmenge angezogen, die die Dänische Parkwirtschaft bis auf den letzten Platz füllte. Nach dem Vortrag einiger Volkslieder durch den Chor der Schule am Wasserturnm gestraute Herr Lehrer R. Hofmann als Obmann des Ortsausschusses für Schüleraustausch die Erziehung, im besonderen die zehn dänischen Mädchen und den einzigen Knaben des Kinderaustausches, die sich nun vier Wochen in unserer Stadt aufhalten werden. Gleichzeitig dankte er den Gönnern, die als Mitglieder des Komitees zur Unterstützung des Schüleraustausches mit Dänemark die Sache materiell und ideell unterstützt haben sowie der Verehrlichkeit der Schule am Wasserturnm dafür, daß sie ihren Schulchor zu der Veranstaltung zur Verfügung gestellt hatte. Herr Gewerbelehrer Raumann-Großenhain, Vorsitzender des Sächsischen Esperanto-Landesverbandes, richtete eine Begrüßungsansprache an die Dänischen Kinder mit ihrer Lehrerin, Fraulein Schmitt-Bordingborg. Er führte aus, daß der Esperanto-Landesverband schon im vorigen Jahr einen Schüleraustausch mit dem Auslande vorbereitet hatte, der nun endlich gescheit ist. In der nächsten Woche würde ein weiterer Transport Dänischer Kinder aus der Stadt Aarhus erwartet, der noch elf kleine Ausländer nach Miefa bringe. Der Redner stellte fest, daß durch den Austausch von Familie zu Familie des einen zum anderen Volke der Völkerverständigung und dem Frieden mehr gebiete sei als durch große Aktionen politischer Parteien. Fraulein Schmitt-Bordingborg erwiderte mit Dankesworten im Namen der dänischen Kinder. Sie dankte den „Hilfsgebern“ in unserer Stadt für die liebevolle und herliche Aufnahme der Kinder und im besonderen den deutschen Esperantolehrern, die durch ihre Vermittlung den Austausch ermöglicht haben. Darauf sangen die dänischen Kinder die dänische Nationalhymne „Der er et vidat Land“ und zwei dänische Volkslieder. Eine drohliche Wolkenwolke verurteilte die Ueberlegung ins Deutsche mit viel Mut! Einige deutsche Volkslieder, gesungen vom Schulchor der Schule am Wasserturnm, beschloßen die eindrucksvolle Feier, die in ihrer Art etwas Besonderes für unsere Stadt bedeutete.

Blindenzeichen. In Großenhain sieht man, daß die Blinden außer dem Abzeichen am Arm noch eine gelbe runde Scheibe mit drei schwarzen Punkten in der Hand tragen, womit sie beim Ueberqueren von Straßen die Radfahrer zum Aufmerksam machen. In Miefa ist neuerdings dasselbe Zeichen zu beobachten. Diese Erneuerung verdient Beachtung, damit die behauerswerten Menschen bei ihren Ausgängen größere Sicherheit in sich fänden.

Abgeordneter Wallner und der Richterverein. In der Erklärung des Vereins Sächsischer Richter und Staatsanwälte E. W. Peipsia übergibt der Landtagsabgeordnete Dr. Wallner der Presse eine Gegenerklärung, in der es heißt: Eine kleine Anzahl Richter, vereint im Vorstand des Richtervereins, haben meine Justiztatende zum Anlaß genommen, mich in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Sie haben dabei von den erdrierten ausfalligen vier Beförderungen lediglich zwei erwähnt, sich jedoch über die beiden anderen ausschwiegen und dabei die hiesige unzureichende Unterstellung gemacht, als ob ich bei meinem Verlangen um Aufführung aus Mangelungsbedürfnis und Verzögerung gehandelt hätte. Es steht den Anzeigern in ihrer Eigenschaft als Richter schlicht an, so unzutreffende Unterstellungen zu machen, durch die das Ansehen der Richterhaft erheblich geschädigt wird. Weiter weist Dr. Wallner darauf hin, daß seine Rede im Landtage sich in der Hauptsache mit der Vertrauenskrise zu Justiz und Recht beschäftigte und den Umiand erörterte, daß große Teile des gesamten Gesetzgebungswerkes durch die veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse überholt seien. In der Rede wurde ferner eingegangen auf die Beförderungsverhältnisse und die Ueberfaltung vieler Beamten des Justizdienstes. Mit diesen die Öffentlichkeit interessierenden Fragen, so schlichte die Erklärung, sollten sich die mich angreifenden Richter, die eine Ständevertretung sein wollen, beschäftigen und sich nicht in die Erörterung von Personalfragen einmischen. Von einer Anzahl Ausnahmen abgesehen, hat sich die Richterhaft zum Kampf um die Wiederherstellung des deutschen Rechts angeschwiegen, obwohl sie in diesem Kampfe hätte vorangehen müssen.

Totengedächtnis- und Verfassungsfestern in den Schulen. Das Volkshilfungs- und Wirtschaftsmuseum haben folgende Verordnung erlassen: Eine größere Anzahl von höheren Schulen hält bereits jetzt regelmäßig um die Zeit des Totensonntages eine Feier zum Gedächtnis ihrer im letzten Jahre verstorbenen Lehrer und Schüler ab. Wo diese Einrichtung besteht, ist sie beizubehalten und, soweit dies nicht bereits geschieht, in Zukunft mit einer Gedächtnisfeier für die Gefallenen zu verknüpfen. In allen anderen Schulen ist der Gefallenen in der Woche vor dem Totensonntag zu gedenken. Den Schulen wird die Entscheidung darüber überlassen, ob dieses Gedenken in Gestalt einer besonderen Feier außerhalb des Unterrichts erfolgen möchte, weil es dann besonders würdig und ausdrucksvoll ausgestaltet werden kann, oder ob es in den Rahmen einer Unterrichtsstunde eingekragt wird, weil es sich so als Bestandteil des Unterrichts staatsbürgerlich besonders auszeichnen läßt. Bei den Toten-gedächtnisfeiern ist nicht nur der im Weltkrieg Gefallenen, sondern auch derjenigen Gefallenen zu gedenken, die im Kampfe um das Deutschtum in den auf den Weltkrieg folgenden Jahren ihr Leben gelassen haben. Ausfälle gegen andere Staaten haben dabei zu unterbleiben. — In einer zweiten Verordnung wird bestimmt: Da mit einer reichs-gesellschaftlichen Regelung der Verfassungsfestern für dieses Jahr nicht mehr gerechnet werden kann, ist die Feier des Verfassungstages in allen Schulen des Landes nochmals gemäß Riffer 1 bis 4 Satz 1 der Verordnung vom 24. Juni 1929 zu begehen. Schulen, in denen der 11. August nicht in die Sommerferien fällt, haben die Feier am 11. August zu veranstalten. In der Verfassungsfestern ist zugleich der vor 100 Jahren am 4. September geschaffenen alten sächsischen Verfassung zu gedenken und die Bedeutung zu würdigen, die sie für unser Land gehabt hat. Die Feier hat selbstverständlich jede parteipolitische Einstellung zu vermeiden und nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen.

Die erhöhten Hauszinsen. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern haben an das Finanzministerium folgende Eingabe gerichtet: In vielen Fällen ist eine Prolongation der Aufwertungshypotheken nur dann zu erzielen gewesen, wenn Hypothekensubjekte sich bereit gefunden haben, vom 1. 1. 1931 an höhere Zinsen als 5 v. H. zu zahlen. Dadurch tritt selbstverständlich für den Hauseigentümer eine Mehrbelastung ein. Diese Mehrbelastung aber kann meistens nur ihm nicht abgewälzt werden, da die geleihete Miete seit ihrer letzten Erhöhung vom 1. Oktober 1927 an in Zahlen eine weitere Erhöhung nicht erfahren hat. Da der Waffstab und der Steuerfuß der Mietzinssteuer auf eine 4-prozentige Verzinsung der Aufwertungshypotheken und eine Befreiung der geleiheten

Miete auf 120 v. H. der Friedensmiete abgestellt sind, muß deshalb nach Ansicht der sächsischen Industrie- und Handelskammern alles getan werden, um diese unbillige ungewollte Belastung der Hauseigentümer zu verhindern. Wir bitten deshalb das Finanzministerium, durch eine Verordnung dafür Sorge zu tragen, daß die durch die Ueberfestlegung der Zinsen für Aufwertungshypotheken vom 1. 1. 1931 an entstehenden Mehrbelastungen in voller Höhe auf die Aufwertungsteuer anzurechnet werden dürfen. — Bildung örtlicher Schiedsstellen. Nach Verhandlungen zwischen dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und dem Zentralverband einzelner und dem Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden andererseits ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die örtlichen Schiedsstellen für kommunale Arbeiterverhältnisse an den Orten der zur Zeit bestehenden 19 sächsischen Arbeitsgerichte zu errichten sind. Die Schiedsstellen sollen gemeinsam für die Bearbeitung der Arbeiter- und Straßenbahnerfragen geschaffen werden und höchstens je drei Mitglieder und drei Stellvertreter umfassen. Die Fällung der Geschäfte soll dem Stadtrat, an dem die Schiedsstelle begründet wird, übertragen werden; die Termine sollen möglichst im Rathaus stattfinden.

Hygienischer Lehrgang für Lehrer. Durch die Lehrer sollen die Regeln der Hygiene an den Schülern und damit ins Volk bringen. Der Reichsausschuh für hygienische Volksbildung veranstaltet daher vom 2. bis 4. August d. J. in Dresden einen hygienischen Lehrgang für Lehrer und Lehrerinnen an Berufs-, Volks- und Mittelschulen. Die Internationale Hygiene-Ausstellung wird dafür das beste und anschaulichste Lehrmittel bilden.

Reichswasserschutz in Sachsen. Der Landtag hat am 6. Juli 1931 die Regierung zur Uebernahme des auf Sachsen entfallenden Teiles des am 31. März 1931 aufgelösten Reichswasserschutzes mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1931 ab ermächtigt. Die in den sächsischen Staatsdienst zu übernehmenden Beamten bilden die Gendarmereibteilung Dresden (Wasserschutz) und üben außer den der Landgendarmerei allgemein obliegenden Aufgaben innerhalb des Landgebietes, den Wasserschutz im Bereiche der Elbe aus. Die Ueberleitung untersteht der Amtshauptmannschaft Dresden auch insoweit sie Dienst außerhalb des amtshauptmannschaftlichen Bezirkes verrichtet.

Was sind Ferienachen? Am 15. Juli beginnen die Gerichtsferien, die bis zum 15. September dauern. Es ist wichtig zu wissen, welche Arten von Prozessen von dem Eintritt der Gerichtsferien betroffen werden. Die Gerichtsferien sind völlig ohne Einfluß auf Strafachen, Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Aufwertungssachen. Ebenso werden aus dem Gebiet des Zivilprozesses in den Gerichtsferien genau wie sonst weiterbearbeitet: Arrestachen und einstweilige Verfügungen, Wechsachen, Wechselachen, Wahlachen, Ansprüche aus außerordentlichem Verkehr, alle Zwangsvollstreckungssachen, lerner die Konturle und Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses, die Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichten und die Kostenfestsetzungsachen. In anderen Zivilprozessen werden während der Gerichtsferien weder Termine abgehalten noch Entscheidungen erlassen. Aber auch diese Prozessen sind, wenn sie beim Amtsgericht anhängig sind, auf Antrag für Ferienachen zu erklären. Wird ein derartiger Antrag nicht gestellt, so bleibt die Sache bis zum Ablauf der Gerichtsferien liegen. Es empfiehlt sich also, in allen Amtsgerichtssachen, die nicht schon vom Gesetz zu Ferienachen erklärt sind, deren schnelle Behandlung aber einem Beteiligten unbedingt nötig erscheint, alsbald einen Antrag dahin zu stellen, daß die Sache als Ferienache bezeichnet werde. Wird ein derartiger Antrag gestellt, so muß die Sache beim Amtsgericht in den Ferien weiterbearbeitet werden. Es sei denn, daß in einer mündlichen Verhandlung widersprechende Anträge gestellt werden und sich ergibt, daß die Sache nicht besonderer Beschleunigung bedarf. Beim Landgericht anhängige Prozessen, die nicht schon ohne weiteres Ferienachen sind, können auf Antrag ebenfalls zu Ferienachen erklärt werden, soweit sie auch nach Ansicht des Landgerichts selbst besonderer Beschleunigung bedürfen.

Bekämpfung des Kornkäfers. Aus verschiedenen Teilen des Landes sind in letzter Zeit Schäden durch den Kornkäfer gemeldet worden. Dieser kleine schwarze Insekt lebt in den Korn- und Weizenkörnern auf dem Speicher und kann sehr lästig werden. Seine Bekämpfung ist äußerst schwer, wenn er sich bereits stark vermehrt hat, dagegen recht leicht, wenn man rechtzeitig gegen ihn vorgeht. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Bevor die neue Frucht eingelagert ist, sollte der Speicher geleert und gründlich gereinigt werden, denn der Befall geht fast immer aus von den vom Käfer stark durchsetzten Resten. Nachdem die Dielen und Wände sauber geputzt sind, reicht oder pinkelt man die Ritzen mit Antikalkmilch aus. (Antikalkmilch: 1 Liter Antikalk, 1 Liter Wasser, gründlich verühren!) Man atme die Antikalkdämpfe nicht unnötig ein und öffne bei der Arbeit Fenster und Türen. Man kann zum Spritzen eine Reispfanne verwenden, muß aber die Vertellerlöcher entfernen, damit die Flüssigkeit nicht fein vernebelt wird. Wenn noch ein vom Kornkäfer durchsetzter vorjähriger Rest vorhanden ist, sollte man ihn durch die Fußmühle schichten oder wenn möglich, im Backofen dörren, auf jeden Fall aber entfernt von der neu eingebrachten Frucht lagern.

Nicht bei verschlossener Tür baden! Daß ein hoher Prozentsatz der heutigen Unfälle das Badzimmer zum Schauplatz hat, geht aus deutlichen Zahlen der Unfallstatistiken der Versicherungsgeellschaften hervor. Es gibt viele Unfälle im häuslichen Bad, die bei genügender Vorsicht hätten vermieden oder wenigstens in ihren Folgen gemindert werden können. Die meisten Unfälle in der Badstube sind auf Ausgleiten auf dem schlüpfrigen Boden oder auf Fall in die oder aus der Badewanne zurückzuführen. Eine weitere Gefahr bringt das zu heiße Wasser, das entweder durch leichtsinniges Hartieren mit dem Wasserbad oder durch Wasse aus der Leitung in die Wanne strömt. Elektrische, durch Schadhalt gewordene Drähte bewirkte Schläge sind eine weitere schwere Gefahr, da der tauchte Körper des Badenden ein besonders guter Elektrizitätsleiter ist. Verletzungen durch Gas, infolge Austrittens aus schadhafte Ofen, können gleichfalls schwere Gefahren bringen. Auch legt sich derjenige in Gefahr, der zu lange in der Wanne bleibt oder in zu heißem Wasser badet. Wird er ohnmächtig und ist nicht rechtzeitig Hilfe da, kann er leicht den Tod durch Ertrinken erleiden. Die Gewohnheit, die Tür des Badzimmers zu verschließen, verhindert nur zu oft die Entdeckung eines Unfalls und damit eine rechtzeitige Hilfeleistung. Man schließe oder regere also, wenn man in der Badstube badet, niemals die Tür zu. Auch zur man aus dem Badezimmer aus eine Klingelleitung zur Wohnung zu legen. Der Knopf der Leitung muß dicht über dem Rande der Badewanne angebracht sein.

Dobernitz. Vermittelt wird seit dem 6. Juli d. J. der bel der Bahnmehrerlei Stauchig beschäftigte Maurer Otto Keller aus Dobernitz. Er hat am 6. Juli seine Wohnung verlassen, um sich, wie üblich, an seine Arbeitsstätte nach Stauchig zu begeben. Dort ist er jedoch nicht eingetroffen. Der Vermittler ist nervenserrt, und es besteht die Vermutung, daß er umherirrt. Er ist 34 Jahre alt, trägt Eisenbahnermütze, dunkelblaues Jackett, schwarze Hose, Rucksack und führt Fahrrad bei sich. Beim Betreffen wird Nachricht an die nächste Kriminalpolizeistelle oder unmittelbar an den Gendarmereiposten-Staucha, Post-Ofen-Band, erbeten.

Das
agen 5.4
Vleiger
564a bel
eben. A
konnte
Nügens
mit ein
cels vor
Sicht nie
Gro
Dienst
fleicher
Der J
farr er
Reiter-
schaltet
Er hängt
Regiment
Militär
*
abend in
Deutsch
von Leip
Hilfen
landen.
Erneut
senker.
des W
*
mittag
ei von
Elbe ver
alsbad
wurde
nach dem
anderen
schafflich
Bewegun
waren vo
den Men
ackern be
*
7 Uhr fo
daß am
hervorbr
hängende
gefährde
die Fahr
Schiffwa
geraten.
*
Wiener
festsch
bar unter
Auf ein
Verfahre
massen u
selamte
banden
Straße
beherrsch
den, d
mehrfach
*
Der Rat
des Ober
mit der
der Reich
Grundbes
Güterzu
tungen f
den A-G
halle und
gergelt
Staatsm
vor soll
Die neue
nung *
*
mittag
blade in
Er zog
teubau
stich
Straßwa
Triebrwa
eingebr
selben
bracht.
*
D
macht
brochen
ren und
*
gen.
D
einem
Hart
Hart
Der sch
Neuern
mit ein
*
verluhte
aus Dre
Leben
wunde
er bereit
legen
Johanni
*
W
wurde
den, als
Dosthadr
einem
*
Wilhelm
ihnen 10
schreiben
sächliche
*
E
der Leid
in Geor
giltungs
dah die
der Tod
eines
*
B
brachte
reiche
die Welt
denmal
dient in
enna
denmal
Reit
Dund
und aus
Bevölle

Reichs-Knappschuß für die Pensionäre und Witwenbezüge um 50 Prozent.

* Lauchhammer. Durch eine Anordnung der Reichs-Knappschuß sind die Bezüge der früher im Lauchhammerwerk beschäftigten Pensionäre und der Witwen der verstorbenen Arbeiter neben der durch die Rotverordnung verursachten Kürzung von 10 Prozent um weitere 50 Prozent gekürzt worden.

Das Volksbegehren in Preußen abgelehnt.

od. Berlin. Im preussischen Landtag wurde der durch das Volksbegehren des Stahlhelms gestellte Antrag auf Landtagsauflösung mit 229 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Ermittlungsverfahren gegen die Brüder Sabulen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Bremer Staatsanwaltschaft hat, wie die 'Vossische Zeitung' erfährt, soeben ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Zusammenbruchs des Norddeutschen Volkssparcass eingeleitet.

Das Verfahren der Staatsanwaltschaft, das noch in den allerersten Anfängen steht, gestaltet sich außerordentlich schwierig, da die Geschäfte, die sogar für einen Teil der Gläubiger noch völlig unklar sind, von den Beamten der Bremer Staatsanwaltschaft nur außerordentlich schwer geprüft werden können.

Sechste Funkpruch-Meldungen und Telegramme vom 9. Juli 1931.

Eine kommunistische Arbeiterzeitung beschlagnahmt. Ludwigshafen. (Funkpruch.) Die Ausgaben der kommunistischen Arbeiterzeitung vom 7. und 8. Juli 1931 sind von den pläzischen Polizeibehörden auf Grund des Republikverstoßgesetzes beschlagnahmt worden.

Annahme des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes im Nationalrat.

Wien. (Funkpruch.) Der Nationalrat nahm heute mit der erforderlichen Mehrheit das handelspolitische Ermächtigungsgesetz in zweiter und dritter Lesung an. Durch das Gesetz erhält die Regierung bis zum 15. Oktober 1931 die Ermächtigung, wenn der Nationalrat nicht tagt, Handelsverträge durch Verordnung mit Zustimmung des Hauptauschusses in Kraft zu setzen.

Großfeuer im rumänischen Petroleumgebiet.

Bukarest. (Funkpruch.) In dem Petroleumgebiet von Ploesti geriet gestern ein Bohrturm in Brand, von dem das Feuer auf zwei weitere Bohrtürme übergriff. Der Brand ging unter mächtigen Explosionen vor sich.

Reichsbankpräsident auf dem Wege nach London.

Amsterdam. (Funkpruch.) Reichsbankpräsident Dr. Luder, der gestern abend Berlin verlassen hat, ist heute vormittag hier eingetroffen. Er hat seine Reise nach London alsbald fortgesetzt.

Reichsbankpräsident Dr. Luder in London eingetroffen.

London. (Funkpruch.) Reichsbankpräsident Dr. Luder ist, von Holland kommend, auf dem hiesigen Flugplatz Croydon eingetroffen.

Die amerikanischen Flieger über Alaska.

Tokio. (Funkpruch.) Die amerikanischen Flieger Robbins und Jones haben auf ihrem Pazifikflug die Stadt Nome in Alaska passiert.

Kinderhaarpflege. Das Kinderhaar muß besonders sorgfältig gepflegt werden. Nehmen Sie hierzu ein mildes Shampoo, wie es 'Schwarzkopf-Extra' ist.

Hieran ergriff der Ortsgruppenführer, Inspektor Buchheim, das Wort, um die Anwesenden und besonders den Kaufherr, Prof. Dr. Vade, sowie den Bezirksführer, Vorsteher Bäcker, zu beruhigen.

* Leipzig. Wieder ein Nachspiel zum Stadtbank-Standal. Es ist bekannt, daß an den Aktienverlusten der Leipziger Stadtbank die 'Steigbahn GmbH.' nicht unwesentlich mitschuldig ist.

* Leipzig. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 7. 7. nach 10 Uhr abends sind in der Werleburger Straße in Höhe der Hauschildstraße zwei Personen in Abkündigung ohne lebendiges Abscheiden von vier unbekanntem jungen Männern angehalten und zunächst nach Abzeichen durchsucht worden.

* Leipzig. Zum Tode des Studenten Mal. Die weitere Untersuchung des Toten im Institut für gerichtliche Medizin hat ergeben, daß die Armverletzung keine Schußverletzung ist.

* Rötze. Restaurierter Kunstschmuck. Der aus der Wende des 15. und 16. Jahrhunderts stammende Halskettel (Marientalar) der hiesigen Marienkirche wurde mit besonderen Opfern der Landesherrschaft für die Denkmalspflege restauriert.

* Chemnitz. Todestall. Am Sonntag verstarb hier im Alter von 67 Jahren der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Bruno Wehmer.

* Chemnitz. Lichtspieltheater in Konkurs. Ueber das Vermögen der Firma Luxoptal, Theatergesellschaft m. b. H. Lichtspiele in Chemnitz Hartmannstraße ist der Konkurs eröffnet worden.

* Jwiska. Erdbeben. Ein hiesiger Schloßbesitzer wurde mit einer Schußverletzung an der Brust ins Krankenhaus gebracht. Er und sein Kollege mußten auf dem Wagenrundwege von einer Bergabfahrt aus angeschlossen worden sein.

* Jwiska. Stadtparlament gegen Rotverordnung. Das Stadtverordnetenkollegium hat sich in seiner Sitzung unruhig verhalten, mit dem Ausschluß eines Kommunisten auf die Dauer von drei Sitzungen endenden letzten Sitzung vor den Sommerferien mit der Nachbewilligung von 1168 000 RM für Wohlfahrtsausgaben.

* Dresden. Einbruch in eine Hausbude. Gestern nacht wurde in den Zwingeranlagen eine Hausbude erbrochen. Die Täter erlangten mehrere tausend Stück Zigaretten und Zigaretten.

* Dresden. Deutscher von einem Tschechen erschlagen. Wie der Tschechoslowakische Dienst erzählt, machte in einem Gasthaus in Reuern im böhmischen Wald der Landwirt Hans Gader aus Rudstberg im Verlaufe eines politischen Gesprächs abfällige Äußerungen über die Tschechen.

* Dresden. Den Tod gesucht. In Oberschlottwitz verfuhrte in der Nacht zum Mittwoch ein Privatdetektiv aus Dresden, sich durch Einnehmen von Salzsäure das Leben zu nehmen.

* Bad Schandau. Wäldler Tod. Am Sonntag wurde der 36 jährige Kaufmann Herbert Wäldler aus Dresden, als er sich mit seinem Bruder auf einer Badbootfahrt befand, zwischen Wölkwitz und Schmilka von einem Herzschlag ereilt, der zum sofortigen Tode führte.

* Gohreim. 100. Geburtstag. Der Witwe Wilhelmine Auguste Keuner, die, wie gemeldet, gestern ihren 100. Geburtstag beging, sind u. a. Glückwünsche von den Reichspräsidenten v. Hindenburg und des sächsischen Ministerpräsidenten Schede zugegangen.

* Gohreim. Rikotivergiftung. Die Sezierung der Leiche der plötzlich verstorbenen Kellnerin Bohorna, die in Georgswalde, wie gemeldet, auf der Straße unter Vergiftungserscheinungen zusammengebrochen war, hat ergeben, daß die Bohorna an chronischer Rikotivergiftung litt und der Tod durch Herzlähmung eingetreten ist.

* Berlin. Bahnstrecke. Der vergangene Sonntag brachte der Ortsgruppe des Stahlhelms die schon lang ersehnte Bahne. Am frühen Vormittag fanden sich zahlreiche Stahlhelmer von außerhalb ein.

DHB gegen BSB

Leipzig, 9. Juli.

Auf einem Vortragsabend des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHB) ging Gauvorfteher Bier-aß besonders auf den Vortrag ein, den der Direktor des Verbandes Sächsischer Industrieller, Wittke, am 25. Juni in Chemnitz hielt.

"An die sächsischen Unternehmer haben wir", sagte Bier-aß weiter fort, "angeichts des Wittkischen Vortrags in aller Öffentlichkeit die Frage zu richten, ob sie sich mit den Klassenkampfideologien dieses leitenden Industrieangestellten identifiziert, der noch nie einen Pfennig als selbständiger Unternehmer angelegt und der noch nie einen Menschen als selbständiger Unternehmer beschäftigt hat."

Der Redner schloß: "Die Zeit ist da, in der sich das Führertum in seiner Gesamtheit entscheiden muß, ob es, geführt durch eine ihm günstige Arbeitsmarktlage, den Lebensstandard des deutschen Volkes zugunsten des eigenen Vorteils und des Vorteils unserer Treibungslustigen herabdrücken lassen will, viellecht noch unter das Niveau slawischer oder asiatischer Völker, oder ob es sich aus seiner Blutsverwandtschaft und aus seiner vaterländischen Verpflichtung heraus auf die Seite seines Volkes stellen will, um durch soziale Verteidigungsbereitschaft den Marxismus zu überwinden und der Freiheit eine Gasse zu bahnen."

Dahlen. Flugzeugnotlandung. Dienstag morgen gegen 5 40 Uhr mußte das Schulflugzeug D. 1924 der Schfl. Fliegerknie Leipzig infolge Motorschadens auf Flug Grob-Wölsa bei der Glinzes-Mühle auf einem Rüdenfeld niederlanden.

* Grob-Wölsa. Sein 80. Lebensjahr vollendete am Dienstag, den 7. Juli, der letzte Rentner, frühere Handelsfleischer Otto Jennis, der hier, Rahmenplatz 11, wohnt. Herr Jennis stammt aus Gladbach. Im September 1871 kam er nach Grob-Wölsa und trat später bei dem damaligen Reiter-Regiment, das später zum Infanterie-Regiment umgestaltet wurde, ein, um seiner Militärpflicht zu genügen.

* Grob-Wölsa. Flugzeugnotlandung. Am Dienstag abend in der 7. Stunde mußte ein Verkehrsflugzeug der Deutschen Verkehrsflug A. G., das sich auf der Fahrt von Leipzig nach Dresden befand, wegen Abstrinns eines Motors, an der Weinsbühl-Brücke bei Wahren notlanden.

* Meichen. Den Tod in der Erbe suchte Dienstag nachmittag ein etwa 16 jähriger junger Mensch von hier, indem er von der Brücke Irzang und anschließend in den Fluten der Erbe versank. Vom rechten Ufer aus machten sich alsbald hilfsbereite Leute an das Rettungswerk. Schließlich wurde der Lebensmüde von seinem Bruder erreicht und nach dem Ufer gebracht, wo ihm auf halbem Wege noch von anderen Personen Hilfe zuteil wurde.

* Meichen. Brand auf der Erbe. Gestern abend gegen 7 Uhr konnte bei der Beobachtung gemacht werden, daß am Deck eines Motorschiffes eine große Stichflamme hervorbrach. Das Schiff hob sofort Anker. Der anhängende Kahn wurde seitlich abgesteuert, weil dessen Bug gefährdet schien. Der Brand wurde mit Erfolg bekämpft, die Fahrt konnte fortgesetzt werden.

* Dresden. Wasserrohrbruch am Hauptbahnhof. Am Wiener Platz trat gestern morgen eine umfangreiche Verkehrshörung ein, die auf einen Wasserrohrbruch unmittelbar unter den Gleisen der Straßenbahn zurückzuführen ist. Auf einige Meter von der Bruchstelle in der Nähe des Verkehrsturms wurde das Straßenpflaster von den Wasser-massen unterhöhlt und die Gleise aufgerissen.

* Dresden. Vertrag der Reichsbahn mit der Stadt. Der Rat genehmigte in seiner Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Kälig die im Zusammenhang mit der Grobmarktanlage abzuschließenden Verträge mit der Reichsbahngesellschaft über teilweise Ueberlassung von Grundbesitz und über die aus dem Gleisanbau und der Güterszuführung sich ergebenden gegenseitigen Verpflichtungen sowie den Vertrag mit der Grobmarktanlage Dresden A. G., indem Bau und Finanzierung der Grobmarkt-halle und die Ueberlassung der Anlage an die Stadt näher geregelt sind.

* Dresden. Verkehrsunfälle. Am Mittwoch nachmittag blieb auf der Parkstraße ein Kradfahrer mit seinem Kade in den Straßenbahnschienen hängen und stürzte. Er zog sich einen Schädelbruch zu und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

* Dresden. Einbruch in eine Hausbude. Gestern nacht wurde in den Zwingeranlagen eine Hausbude erbrochen. Die Täter erlangten mehrere tausend Stück Zigaretten und Zigaretten.

* Dresden. Deutscher von einem Tschechen erschlagen. Wie der Tschechoslowakische Dienst erzählt, machte in einem Gasthaus in Reuern im böhmischen Wald der Landwirt Hans Gader aus Rudstberg im Verlaufe eines politischen Gesprächs abfällige Äußerungen über die Tschechen.

* Dresden. Den Tod gesucht. In Oberschlottwitz verfuhrte in der Nacht zum Mittwoch ein Privatdetektiv aus Dresden, sich durch Einnehmen von Salzsäure das Leben zu nehmen.

* Bad Schandau. Wäldler Tod. Am Sonntag wurde der 36 jährige Kaufmann Herbert Wäldler aus Dresden, als er sich mit seinem Bruder auf einer Badbootfahrt befand, zwischen Wölkwitz und Schmilka von einem Herzschlag ereilt, der zum sofortigen Tode führte.

* Gohreim. 100. Geburtstag. Der Witwe Wilhelmine Auguste Keuner, die, wie gemeldet, gestern ihren 100. Geburtstag beging, sind u. a. Glückwünsche von den Reichspräsidenten v. Hindenburg und des sächsischen Ministerpräsidenten Schede zugegangen.

* Gohreim. Rikotivergiftung. Die Sezierung der Leiche der plötzlich verstorbenen Kellnerin Bohorna, die in Georgswalde, wie gemeldet, auf der Straße unter Vergiftungserscheinungen zusammengebrochen war, hat ergeben, daß die Bohorna an chronischer Rikotivergiftung litt und der Tod durch Herzlähmung eingetreten ist.

Stadtpark-Wirtschaft.
Morgen Freitag, 10. Juli 1931
großes Abendkonzert
in der Trostfel-Spalle. Eintritt 20 & 0. St.
Beginn 8 Uhr.
Es laden ergeb. ein Anna Bernw. Welter u. Kap. Trostfel.

Vereinsnachrichten.

Gewerbeverein Riesa. Die Mitglieder unseres Vereins, welche bereits durch Karten eingeladen sind, werden hierdurch nochmals darauf hingewiesen, daß am Freitag, den 10. Juli, abends 8 Uhr im Wettiner Hof die Hauptversammlung stattfindet. Dienstag, 14. Juli, abends 8 Uhr 83. Stiftungsfest im Stadtpark. Konzert, Illumination. Um guten Besuch wird hierd. gebeten.
Sonntags-Verein. Sonnabend, 11. Juli, 20 Uhr, Monatsversammlung im Hotel Döppner.
D. S. V. Freitag, den 10. 7. 31, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, Sächlicher Hof.

5 Monate Kredit erhalten
Beamte, Angestellte u. Arbeiter
bei Bezug von jeder Art Bekleidung, Wäsche, Haushaltsgegenstände, Kleinmöbel, Uhren, Sportartikel, Spielwaren, Bücher u. vieles andere zu Barzahlungspreisen. Katalog und Bedingungen durch
E. Kafuscha, Bismarckstr. 22 - Tel. 890.

Die am 22. Juni 1931 abgehaltene Generalversammlung hat durch Satzungsänderung beschlossen, die Haftsumme von bisher 250 Mk je Anteil auf 100 Mk je Anteil herabzusetzen.
Gemäß § 133 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, fordern wir hiermit unsere Gläubiger auf, sich baldmöglichst bei uns zu melden.
Rüschrig, am 7. Juli 1931.

Kreditgenossenschaft Münderitz u. Umgebung
eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Schmiedel. Otto Todt.

Sonderfahrt ins Waldbad Schmannewitz.
am Sonntag, den 12. Juli, 9 Uhr vormittags ab Autobahn, Bauhfer Straße. Fahrpreis je Teilnehmer 2.- Mk. Rückfahrt 18 Uhr. Karten i. Stadt. Betriebsamt (Gasw.) Stadt. Kraftverkehr Riesa. Tel. 78 u. 100

Total-Ausverkauf
Wegen Geschäftsaufgabe soll mein großes Lager in **Strümpfen, Strickwaren u. kunstseidener Wäsche** binnen Kürze geräumt werden. Ich gewähre bis 25% Rabatt. Nutzen Sie daher die günstige Gelegenheit aus und kommen Sie zu mir. Sie erzielen große Vorteile.
Chemnitzer Strumpfhaus Jos - Che Riesa
Hauptstraße 84.

1 Herrenrad 55 Mk.
2 Damenräder à 68 Mk.
1 Halbtrenner 75 Mk.
Selbige sind neu, nur Emaille leicht beschädigt, wert.
L. Winkler Fahrrad-handlg., Hauptstr. 59.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen, Frau
Emilie Hahn geb. Tronke
so zahlreich zuteil gewordene Beweise der Freundschaft und Liebe durch tröstende Worte, Schrift, Gesang, herrliche Blumenpenden und ehrenvolles Geleit danken wir hierdurch herzlich.
Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sankt“ in Dein stilles Grab nach.
Röderau, Die trauernden Kinder
9. 7. 1931. nebst allen Hinterbliebenen.

Bücker-Znning zu Riesa.
Nach kurzem Leiden verschied am Dienstag unser langjähriges Mitglied
Herr Bückerfr. Oswald Würdig
Glaubig.
Mehrere Jahrzehnte gehörte der Verstorbene unserer Znning an, während dieser Zeit haben wir ihn als einen treuen Kollegen kennen gelernt. Wir werden dem Entschlafenen stets ein ehrendes Gedenden bewahren.
Der Znningvorstand
R. Röderau, Obermfr.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juli, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Im Total-Ausverkauf
Freitag, 10., Sonnabend, 11., Montag, 12., Dienstag, 14. Juli
Extra-Angebot in Damen-Kleidern, Mänteln, Herren- und Burschen-Anzügen, Ulstern, Uebergangs-Mänteln, Wind- u. Lederjacken, Stricksachen u. Bettwäsche
Sie sparen sehr viel Geld, wenn Sie jetzt Ihren Bedarf decken
Goethestr. 37 Korrekt Riesa a. Elbe
Leder D. Morgenstern
Nur noch kurze Zeit!

8 billige Schuhtage
im Schuhhaus Thomas, Goethestr. 86
zwischen Freilicht- und Bauhfer Straße.
vom 7. bis 16. Juli gemähre auf meine schon niederen Preise für alle Artikel, außer Dess-Schuwaren, einen Preisnachlaß von **10%**
Verkaufen Sie nicht diese billige Einkaufsgelegenheit!
Anfertigung nach Maß.
Reparaturen solid, sauber und preiswert.
Schuhfärberei und Reinigung, letzteres bis 90 Proz. billiger als färben.
Führende Spezialabteilung für Fußleidende.

Damen-Sommerkleider
Indanthrenkleider i. höh. Farbenzusammensetzungen, alle Größen . 4.90, 3.75, 2.90 **1.90**
Sportkleider in einfarb. u. gemust. f. Macharten auch in allen Frauenweiten . . 9.75, 6.50 **5.90**
Hübsche Sommerkleider aus modernem gem. Voile und Wäscheiden 21.00, 15.50, 9.75 **6.50**
Tanzkleider, neueste Macharten . . . 38.00, 25.00, 19.75, 12.00 **6.75**
Ein Posten Damen-Sommerkleider hochwertige Qualitäten in Voile, Wäscheiden u. anderen Stoffen . . netto **8.90, 5.90, 3.90**

Habe mich in **Glaubitz** bei Herrn Kaufmann Robert Schneider als
Dentist niedergelassen
Sprechstunden: werktags von 8-12, 1-1/2 Uhr
Sonntags von 9-12 Uhr
Otto Ries, Dentist, Glaubitz

Srinthalle a. d. Kirche.
Freitag Schichtfest.
Freitag Schlachtfest.
1/9 Weikelfisch Otto Reudel. Hundteil 11.

Freitag Schlachtfest.
9 Uhr Weikelfisch später fr. Wurst.
Weber, Popplitz.
Brauerei-Restaurant Röderau.
Morgen Freitag früh Schlachtfest.
Rieser Fischhalle
Goethestr. 37 - Tel. 956
empfiehlt
Frische Seeische auf Eis
10 Schottenseringe 65 f
Frischschaff. Mehlwaid, Hühner, Reulen, Blätter, Rostfleisch
Clemens Bürger.

Beima
neue Kartoffeln
verkauft laufend
Max Steiner, Ostf. u. Vorb. Beste, erwinisch.
Gründlich. Unterricht im Weißnähen
wird erteilt
Schützenstraße 11, I.
G. D. H.
Ortsg. Riesa.
Freitag, 10. 7. 20 Uhr, "Gibtter." wichtige
Monatsversammlung
Der Vorstand.

1 großer Warenschrank mit Glaschiebetüren
1 großer Schrank mit 10 Schubladen
1 großer Schrank mit 10 Schubladen
sowie viele andere Sachen zu verkaufen.
In erf. im Laedl. Riesa.
Gummi-Unterlagen billigst bei **Franz Börner, Hauptstr. 44.**

Möbel
sowie Polstermöbel sowie Wohnungsbeirichtungen neu und gebraucht billig und gut, nur im **Möbelhaus Messe Riesa, Kärnerstr. 18.** - Lieferung frei Haus. -
Sehr schnelle
350er Sportmaschine zu verkaufen.
In erf. im Laedl. Riesa.
Diete
1a Heißwringmaschinen
5 Jahre Garantie, von 12.50 an.
Ersatzwalzen an billigen Preisen
Paul Zaupitz, im Durchg.

Gutes Cello mit vollem Subst. billig zu verkaufen. Wagner, Gröbzig-Reppis, Nr. 2.
Kleiner Götchelofen billig zu verkaufen. Franz Heinze, Hauptstr. 97, I.
Bullenkalb hester Abkammung, Rada, von dem Bullen Theodor, Rittergut Staffa, b. abn. Jensch, Goltewitz.

Wieder Schweinefleisch!
Auf vielseitigen Wunsch wird nunmehr das **3te Riesen-Schwein** aus reinem Marsiban am kommenden **Freitag, den 10. Juli** verpundet. 1/4 Pfund nur 35 Pfg. Wieder 1a Qual.
Zur Verfertigung und zum Kauf ladet erneut ein **Richard Selbmann, Schokoladen-Geschäft, Riesa Hauptstr. 59, Bauhfer Str. 4 Gröbzig, Lauchhammerstr. 15.**
In 8 Monaten über 250 derartige Schweine verkauft!

Schuhwaren-Totalausverkauf
früher Schuh-Schneider, Hauptstr. 101.
Filzwaren, Kamelhaarschuhe, Schaffstiefel Arbeitsschuhe, Damenhalb- u. Spangenschuhe, Kragentiefel, unerreicht billig.
G. Böttcher.

Fahrrad-Mäntel mit kleinen Fehlern verkauft ab Freitag, solange Vorrat reicht
L. Winkler, Hauptstraße 59, Fahrrad-Handlg.

Kleiner Laden Such ein Mädchen 16-18 jährl., mögl. schulfrei, für den Haushalt u. Kleintierhaltung f. 15. 7. **L. Winkler, Hauptstr. 59, Riesa**
Laden in Gröbzig sofort od. später zu verm. Off. u. E 1016 a. Tabl. Riesa.
Mädchen 16 J. alt, sucht am 1. 8. Stellg. in Landwirtschaft Off. u. C 1014 a. Tabl. Riesa.
Friseur-Lehrling oder Volontär stellt sofort ein **Gerhard Wicker Wühlberg (Elbe) Rost u. Wohnung i. Hausf.**

Am meisten erfrischen an heißen Tagen und auf Reisen erstklassige Süßigkeiten
Geringe Waren erzeugen oft Durst — erreichen also das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes! Unsere Waren sind aus besten naturreinen Rohstoffen gearbeitet und außerdem besonders billig durch unser neues Verkaufssystem.
Wir empfehlen unter anderem:
Orangeschokolade . . . 100 g 40 Pfg.
Sahneorangeschokolade 100 g 50 Pfg.
Kakaominze 115 g 50 Pfg. also 125 g 55 Pfg.
Zitronenstäbchen 110 g 50 Pfg. also 125 g 57 Pfg.
Orangestäbchen 110 g 50 Pfg. also 125 g 57 Pfg.
Erfrischungsdrops 220 g 50 Pfg. also 125 g 29 Pfg.
Fruchtbombons 190 g 50 Pfg. also 125 g 33 Pfg.
M O S T
Filiale Riesa, Hauptstraße 32, gegenüber dem Durchgang.

Ein...
Ein...
Der...
schaffern...
heißfront...
Ereignis...
derbelebun...
kraft, in di...
seine wirt...
Borgang...
artig dar...
muk. Dah...
rungen der...
auch schon...
der Anstic...
neuen der...
für Anstic...
fann. Es...
Luther h...
aus dem w...
dem Nicht...
ausbern...
Symptom...
Birtchaft...
Eigenschaft...
am peinv...
entfchliche...
doch diese...
dienen, der...
immer und...
aller Angr...
ertragen...
tausend...
Reichsbank...
neue Glac...
schaft nied...
konnte, ab...
Aber d...
ischen Wirt...
Austaf...
schaffliche...
naten so v...
und Branc...
marck zu...
weltumf...
liches Wei...
Gefinnung...
wäre bod...
zung mit...
Deutschlan...
jener welt...
Stellung.

Im S...
ber Veria...
neftt w...
Umfang d...
und Flot...
werden...
denen 50...
50 durch...
die letzte...
einigung...
wobner ein...
Mtraag...
stark bed...
S...
das garan...
Fr...
W...
Schönheit...
und alle...
In haben

Qu...
Dru...

Lang...
Riesa, G...

Wa...
and Brat...
mit Wi...
ruchlos...
Zube 75...
Wlein zu

Einheitsfront der deutschen Wirtschaft.

Ein großes Kreditinstitut aus dem Nichts geschaffen. Der Aufmarsch von 1000 maßgebenden deutschen Wirtschaftlern und Industriellen zu einer kreditpolitischen Einheitsfront von beinahe beispielloser Geschlossenheit ist ein Ereignis, das in diesem Augenblick zwangsläufig eine Wiederbelebung des Vertrauens in Deutschlands Wirtschaftskraft, in die Initiative seiner Wirtschaftsführer und also in seine wirtschaftliche Zukunft herbeiführen muß. Es ist ein Vorgang, der schon in der Art seiner Konzeption und schlagartig darauf folgenden Durchführung Bewunderung wecken muß. Daß das der Fall gewesen ist, lassen die ersten Reaktionen der ausländischen Presse über diesen Vorgang denn auch schon deutlich erkennen. So ist man z. B. in London der Ansicht, daß der 500 Millionen-Garantiefonds dieses neuen deutschen Kreditinstitutes durchaus als Grundlage für Anleihen resp. Kredite in der dreifachen Höhe dienen kann. Es ist verständlich, daß der Reichsbankpräsident Dr. Luther höchst erfreut darüber ist, daß es gelingen konnte, aus dem wirtschaftlichen Chaos der letzten Tage, beinahe aus dem Nichts ein solch mächtiges Kreditinstrument hervorzubringen. Er begründet das nicht nur als unmissverständliches Symptom für den Lebens- und Zukunftswillen der deutschen Wirtschaft überhaupt, sondern darüber hinaus noch in seiner Eigenschaft als Reichsbankpräsident, in welcher er vielleicht am weitesten unter allen deutschen Wirtschaftsführern die entsetzliche Nervensprobe der letzten 14 Tage erlebt hat. Soll doch dieses neue Kreditinstrument vor allen Dingen dazu dienen, der Reichsbank künftig das Schicksal zu ersparen, immer und immer wieder den ersten und stärksten Anproß aller Angriffe auf den deutschen Kapital- und Kreditmarkt ertragen zu müssen. Unter der Deckung durch dieses, von tausend starken Werken getragene Institut wird die deutsche Reichsbank wieder Atem- und Lebensbogenfreiheit, wieder neue Elastizität gewinnen, um die auf die deutsche Wirtschaft niederfallenden Schläge, wirksamer als sie es bisher konnte, abzuwehren.

Aber darüber hinaus bedeutet dieser Aufmarsch der deutschen Wirtschaftler und Industriellen einen vorbeugenden Schutz für zukünftige Verhandlungen über weltwirtschaftliche Fragen, die sich um die beiden, in den letzten Monaten so vielfach erörterten Projekte von Montagu Norman und Francqui kristallisieren. Es ist also zugleich ein Aufmarsch zur Juvenation der Lösung grundsätzlicher, weltumfassender Wirtschafts- und Finanzfragen. Hier ein solches Beispiel gegeben zu haben, das an Großzügigkeit der Bestimmung nur mit dem Hooverplan vergleichbar ist — wäre doch der Hooverplan an Schnelligkeit der Durchführung mit diesem Vorgang verleichbar gewesen! — sichert Deutschland in dem künftigen Ringen um die Bewältigung jener weltwirtschaftlichen Probleme eine hervorragende Stellung.

Spaniens neue Verfassung.

Im Schoße der neuen spanischen Regierung ist soeben der Verfassungsentwurf für die spanische Republik fertiggestellt worden. Nach ihm werden die Provinzen in weitem Umfang die Autonomie erhalten. Die Stärke der Armee und Flotte soll von den Cortes alljährlich festgelegt werden. Der Senat wird 250 Mitglieder umfassen, von denen 50 durch die Provinzen, 50 durch die Arbeiterschaft, 50 durch das Unternehmertum, 50 durch freie Berufe und die letzten 50 durch die Universitäten und religiösen Vereinigungen gewählt werden sollen. Wenn 25 % der Bewohner eine Verfassungsänderung beantragen, muß diesem Antrag stattgegeben werden. Ob diese Klausel nicht doch stark bedenklich ist? Die Erfahrung wird es lehren.

Die deutsche Wirtschaftsgarantie.

Im Sa der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie sind noch am Mittwoch abend die Durchführungsbestimmungen erlassen worden. Die praktische Durchführung der von den namhaftesten Führern der deutschen Wirtschaft angeregten Kreditgarantie wird sich so vollziehen, daß die 1080 Unternehmer von Betrieben, deren Betriebsergebnisse 5 Millionen Mark übersteigt, anteilig bis zum Gesamtbetrag von 500 Millionen halten für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften, die die Deutsche Golddiskontbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredites tätigt. Diese Haftung tritt ein für Kreditgeschäfte, die in den nächsten zwei Jahren mit Zustimmung eines Ausschusses abgeschlossen werden, der aus sieben Mitgliedern besteht und dem der Reichsbankpräsident und der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Golddiskontbank angehört. Bei den 500 Millionen, die als Haftungssumme der deutschen Großbetriebe buchmäßig festgelegt sind, — dieser Betrag wird nicht als besonderer Fonds in bar aufgelammt — handelt es sich um eine Ausfallgarantie. Das muß besonders hervorgehoben werden, damit nicht der Irrtum entsteht, als könnten nur Auslandskredite bis zur Höhe von 500 Millionen aufgenommen werden. Es liegt hier etwa so wie bei dem Aktienkapital einer Bank, das auch nicht die Grenze für die Kreditaufnahmelastigkeit des Instituts darstellt. Hier liegt es so, daß die Kreditfähigkeit der Golddiskontbank wesentlich gesteigert wird durch die Gesamtsicherung der deutschen Wirtschaft.

Der Weg der Notverordnung ist beschritten worden, um die von der deutschen Wirtschaft ohne jeden Druck vom Ausland angeregte Aktion möglichst schnell durchzuführen zu können. Diese gebotene Schnelligkeit wäre nicht gewährleistet gewesen, wenn man sich auf den Weg der Freiwilligkeit beschränkt hätte. Das technische Verfahren ist dadurch erleichtert worden, daß ein ähnlicher Vorgang der Gesamtsicherung der großen deutschen Betriebe schon zu verzeichnen war bei der Aufbringung der Beiträge für die Dähle aus der Industrie-Obligationsbank. Die 500-Millionen-Vürgschaft wird jetzt verteilt auf die einzelnen aufbringungsplüchtigen Betriebe nach dem Schlüssel, der sich aus den Beiträgen für die Dähle ergibt. Sollten Ausfälle eintreten, so werden die Haftanteile nach demselben Schlüssel verteilt. Die Industrie-Obligationsbank spielt die Rolle eines Treuhänders. Die eventuellen Anforde-

rungen der Golddiskontbank gehen an dieses Institut, das dann die Abrechnung mit den einzelnen aufbringungsplüchtigen Betrieben vornimmt.

Was ist die Golddiskontbank.

Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten, mit der das Angebot der bedeutendsten deutschen Industrie-, Bank- und Handelsunternehmen zur Ausbringung einer solidarischen Bürgschaft in Höhe von 500 Millionen für die Golddiskont-Bank getätigt wurde, ist ein Ereignis, das geeignet ist, das Vertrauen des In- und Auslandes in die deutsche Wirtschaft zu stärken und damit nach den schweren Rückschlägen der letzten Zeit einen neuen Auftrieb zu erreichen. Der Durchschnittsbürger, der von Bank und Börse nicht allzuviel weiß, wird zunächst schwer erkennen können, welche Funktionen die durch den Garantiefonds gestärkte Golddiskont-Bank zu erfüllen hat.

Diese Golddiskontbank ist bald nach der Stabilisierung, nämlich durch Gesetz vom 19. März 1924, errichtet worden, und zwar auf der Basis der englischen Währung. Diese fremde Währung ist dem Zweck der Golddiskontbank deshalb besonders angepaßt, weil zur Zeit der Gründung dieses Instituts das Vertrauen des Auslandes in die neue deutsche Reichsmark noch nicht fest genug geworden war. Die Wirtschaft konnte aber mit der Beschaffung von Exportkrediten nicht länger warten. Es war der Hauptzweck der Golddiskontbank, solche Exportkredite zu beschaffen und damit anderen Außenhandel wieder in Gang zu bringen. In Mark umgerechnet beträgt das Eigenkapital der Golddiskontbank 200 Millionen; die Majorität hat die Reichsbank. Nach weitergehender Festigung des ausländischen Vertrauens in die Markwährung dachte man an die Liquidation der Golddiskontbank. Indessen hat man die Bank noch in der Notverordnung vom 1. Dezember dadurch weiter wirksam gelassen, daß man ihr eine breitere Arbeitsbasis übermittelte. Die Bank hat im Augenblick auch mittel- und langfristige Exportkredite zu finanzieren. Während noch 1929, im Sommer, die von der Golddiskontbank gegebenen Exportkredite nur etwa 50 Millionen erreichten, sind sie nach der neuen Erweiterung des Instituts zu Ende des Jahres 1930 bereits auf 117 Millionen Mark angewachsen.

Polnische Grenzverletzungen.

Marie nwerder. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Am 7. Juli etwa gegen 17 Uhr hat bei Pauthen, Kreis Marienwerder, ein polnischer Deserteur aus Graudenz in voller Ausrüstung und Bewaffnung die Grenze überschritten. Er wurde von polnischen Grenzbeamten verfolgt und beschossen. Polnische Beamte haben dabei, wie durch Reagen einwandfrei festgestellt worden ist, etwa 50 Meter weit deutsches Gebiet betreten. Sie haben ferner von polnischem Gebiet aus hinter dem Deserteur mehrere Schüsse auf deutsches Gebiet abgegeben. Der Deserteur ist entkommen und hat sich dem nächsten deutschen Landjägerposten gestellt. Die weiteren Ermittlungen sind im Gange.

Wie weiter bekannt wird, hat sich bei Garafsee vorgetern eine zweite Grenzverletzung angetragen. In der Nähe des Stadtortes Garafsee sammelte eine Frau im Walde Beeren, und zwar ungewisslich auf deutschem Boden. Sie wurde von einem polnischen Boken von der

Grenze her angerufen, sie befinde sich auf polnischem Gebiet, er müsse sie verhaften. Die Frau lief davon, der polnische Beamte verfolgte sie und betrat dabei etwa 100 m weit deutsches Gebiet. Als die Frau rief: „Da kommt ja ein deutscher Boken“, ging der polnische Beamte auf polnisches Gebiet zurück. Die weiteren Ermittlungen sind im Gange.

3962000 Arbeitslose am 30. Juni 1931.

In der zweiten Hälfte des Monats Juni hat der Arbeitsmarkt eine weitere Entlastung erfahren; nach dem Stande vom 30. Juni 1931 wurden insgesamt 3962000 Arbeitslose gezählt gegen rund 4 Millionen am 15. Juni 1931. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung hat sich von 1476000 auf 1414000 ermäßigt. In der Arbeitsfürsorge hat sich die Zahl der Arbeitsunterstützten weiter erhöht, und zwar von 933000 auf 940000; im vorangegangenen Berichtsabschnitt betrug die Zunahme rund 4000.

Sommersprossen!

das garantiert einzig wirksame Mittel ist und bleibt
Frucht's Schwanenweiß
 Nr. 1.75 und 3.50.
 Schönheitswasser Abbröckel gegen Mitesser, Pickel und alle Hautunreinheiten. Mark 1.75 und 3.50. In haben bei Rudolf Blumenschein, Hauptstr. 99.

Qualitäts-Drucksachen

Kataloge + Werbedrucksachen
 Drucksachen f. Handel, Industrie

Langer & Winterlich
 Riesa, Goethestraße 59 + Telefon 20

Wanzen? Ameisen?
 und Brutvernichtung nur mit „Winnel“. Geruchlos. Garant. Erfolg. Tube 75 Pfg. (eig. Ver.). Allein zu haben Drog. A. S. Genuß, Hauptstr. 4.



PREISSENKUNG

für unsere RAMSES-Raucher

BISHERIGER PREIS	9	CIGARETTEN	40s
JETZIGER PREIS	12	CIGARETTEN	40s
	6	" "	20s

Wir garantieren: Die Qualität unserer Marke Ramses ist unverändert, unverändert ist auch das dicke runde Format. Die Verpackung ist gut, wenn auch sparsam. - Dank der mit Wirkung ab 1. Juli eingetretenen Senkung der Cigarettensteuer auf billige Cigaretten ist uns diese Leistung möglich. Die Senkung der Steuer lassen wir restlos dem Raucher zugute kommen.

Das ist Preissenkung in der Tat! Rauchen Sie nur Ramses, Sie rauchen gut und sparsam!

RAMSES

Politische Tagesübersicht.

Vertrauensvotum für die belgische Regierung. Die Kammer nahm mit 112 gegen 2 Stimmen bei 44 Stimmenthaltungen eine von Vanderveelde und Nator eingebraute Tagesordnung an, in der die Antwort der belgischen Regierung auf Hoovers Vorschlag gebilligt und an Belgien unverkäufliches Recht auf Reparationen erinnert wird.

Attentat auf den Präsidenten des ägyptischen Parlaments. Auf den Präsidenten des ägyptischen Parlaments Tewfik Rifout, wurden gestern Abend, als er in Begleitung seiner vier Töchter von einem Autoausflug zurückkam, mehrere Schüsse abgegeben. Es wurde jedoch niemand verletzt. Die Täter sind unbekannt.

Moskau Kreditverhandlungen in London. Wie in Moskau verlautet, sind die Londoner Verhandlungen zwischen der britischen und der sowjetrussischen Regierung über die Erhöhung der englischen Kredite für Russland erfolgreich beendet worden. Nach russischen Meldungen soll die englische Regierung sich bereit erklärt haben, die Kreditsumme auf 600 Millionen Goldrubel zu erhöhen und die Garantie dafür zu übernehmen. Die Frist der neuen Kredite sei bis auf 30 bzw. 31 Monate erhöht worden. Die russische Regierung erklärte, daß sie für diese 600 Millionen Goldrubel im Laufe von 6 Monaten Restellungen anfordern werde.

Italien und die päpstliche Enzyklika. Die durch die päpstliche Enzyklika über die katholische Aktion geschaffene neue Lage wird in unterrichteten italienischen Kreisen als gespannt und sehr heikel betrachtet. Man unterstreicht, daß durch die Enzyklika eine Erschwerung der Lage eingetreten sei, wie sie während des Rotenwechsels nicht bekannt habe. Die Gerüchte über eine bevorstehende persönliche Antwort der italienischen Regierung auf die letzte Note des Vatikan müssen unter diesen Umständen als überholt betrachtet werden. Fremd ein Beschluß der italienischen Regierung über die Enzyklika liegt indessen noch nicht vor und soll auch in den nächsten Tagen nicht zu erwarten sein.

Einladung des Völkerbundes an Amerika zur Abrüstungskonferenz. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt gestern eine Einladung des Völkerbundes, an der Abrüstungskonferenz in Genf im Februar nächsten Jahres teilzunehmen. In Kreisen des Staatsdepartements wurde dazu erklärt, daß eine herabsetzende Annahme dieser Einladung in den nächsten Tagen telegraphisch übermittelt werden würde.

Kriegsstand auf der Ionischen Insel Massora. Die aus Palma auf der Insel Massora, die zu den Balearen gehört, gemeldet wird, ist dort der Kriegsstand erklärt worden, da streikende Hafenarbeiter unter Führung von Kommunisten die Schließung aller Fabriken, Geschäfte und Werkstätten erzwangen. Die Hafenarbeiter durchzogen mit aufrührerischen Gesängen die Stadt.

Behorftende innere Spormaßnahmen.

Unter den Maßnahmen, die zur Durchführung des Hoover-Moratoriums von der Reichsregierung angeordnet wurden, befinden sich auch Schritte zur Bekämpfung innerdeutscher Ausgaben, über die die Reichsregierung mit den Völkervereinigungen bereits Fühlung genommen hat. Nach unserer Kenntnis der Dinge sollen an gewissen Ausgaben der Länder, vor allem aber auch an denen der Gemeinden ganz außerordentlich scharfe Drosselungen vorgenommen werden. Bekanntlich rechnen die Gemeinden in ihren Haushalten mit einem trotz der Notverordnung noch ungedeckten Fehlbetrag von 520 Mill. RM., den sie durch Einsparungen nicht wirksam eindämmen zu können glauben. In Kreisen der staatlichen Finanzverwaltung ist man gegen diese Defizitrechnung etwas skeptisch und nimmt an, daß es sich im Endergebnis um einen wesentlich geringeren Betrag handeln werde. Worauf sich diese Skepsis gründet, wird bei der demnächst zu erwartenden Aussprache über die bevorstehenden Maßnahmen wohl zu Tage treten. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß die im Laufe der nächsten Zeit zu erwartenden Ausgabe einsparungen bei den Gemeinden wie bei den Ländern von einer Schärfe sein werden, wie sie in der Nachkriegszeit noch nicht erlebt wurden und daß alle Ausgaben, die nicht zu den unbedingt lebensnotwendigen gehören, hiervon in erster Linie betroffen sein werden.

Stimsons Fahrplan.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson, der auf seiner Europareise in Neapel glücklich landete und an dem Velus vorbei im Auto nach Rom fuhr, hat seine politischen Unterhaltungen mit Mussolini und Grandi bereits aufgenommen. Es will uns symptomatisch erscheinen, daß er gleich beim Betreten des europäischen Festlandes sich einem raudenenden Vulkan gegenüber sah. Wohin Staatssekretär Stimson nach Abschluß seiner römischen Gespräche sich wenden wird, scheint noch nicht endgültig festzustellen. Wligo äußerte er sich auf die Frage, ob er zuerst Paris oder Berlin mit seinem Besuche beehren werde, dahin, daß dies von dem Fahrplan abhängt. Die künftigen Tadeaner werden sich darüber schon ihre eigenen Gedanken machen. Sie dürften aber recht haben, wenn sie annehmen, daß Staatssekretär Stimson nach Abschluß seiner Flottenabrüstungsgespräche mit Mussolini sich zunächst der französischen Hauptstadt zuwenden wird. In Berlin wird sein hoher Besuch am 21. ds. Mitt. erwartet.

Nazis klagen wegen des Sportfest-Verbots.

Da die der Angriff" meldet, hat der Gau Berlin der NSDAP gegen das vom Berliner Volksgewerkschaften ausgesprochene Verbot des nationalsozialistischen Stadion-Sportfestes Beschwerde eingelegt und will die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im Verwaltungsrechtverfahren herbeiführen. In der Beschwerde wurde betont, daß es sich um eine unpolitische Sportveranstaltung gehandelt habe, für die die Bestimmungen der Notverordnung überhaupt nicht maßgebend gewesen seien. Es sei beachtlich, im Falle einer nünftigen Entscheidung dem preussischen Staat auf Schadenersatz in Anspruch zu nehmen.

Der preussische Innenminister Severing hat bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß er das Sportfest der Nationalsozialisten zunächst genehmigt habe. Das spätere Verbot sei ergangen, weil aus Art. 119 im Angriff" die Absicht der Veranlasser hervorgegangen sei, das Sportfest zu einer politischen Veranstaltung gegen die Staatsregierung auszuwerten. Severing weist auch darauf hin, daß die nationalsozialistischen Unterhändler trotz seiner Bereitwilligkeit, mit ihnen zu verhandeln, sich nach ausgesprochenem Verbot nicht mehr bei ihm eingefunden hätten.

Aufruf zur Reorganisation der Kohlenindustrie im Donezbecken.

W Moskau. Molotoff, Stalin und der Vorkhander des Obersten Volkswirtschaftsrats, Ordshonikidze, haben einen Aufruf an die Partei- und die Wirtschaftskomitees und Gewerkschaftsorganisationen des Donezbeckens über die Aufgaben der Kohlenindustrie im Donezbecken veröffentlicht, in dem laut Telegraphen-Agentur der Sowjetunion ausgeführt wird: Eine Reihe Errungenschaften des Donezbeckens

Sächsischer Landtag.

Der Eintritt des Staates in die Sächsische Landesbühne mit 50 000 RM. Gesellschaftsbeitrag empfohlen.

Der Sächsische Landtag setzte am Mittwoch die Statberatungen mit der Genehmigung des Kapitels „Kunstgewerbe“ fort, wobei eine staatliche Beihilfe für das Leipziger Gewandhaus abgelehnt und für die neu zu gründende Sächsische Landesbühne ein Staatsbeitrag von 50 000 RM unter der Bedingung bewilligt wurde, daß die Wirtschaftlichkeit der neuen Landesbühne als gesichert anzusehen sei. Bei der Genehmigung des Kapitels „Staatstheater“ lehnte das Haus das Gehalt des Generalmusikdirektors ab auch den Antrag, das Gehalt des Generalintendanten zu streichen. Ein Entschließungsantrag beauftragt die Regierung, die Leitung der Staatstheater zu weiteren Einsparungen zu veranlassen. Der geforderte Ueberwachungsausschuß über die Staatstheater wurde nicht genehmigt. Genehmigt wurde weiter das Kapitel „Allgemeine Kassenverwaltung“ mit einem Antrag, die Sächsischen Werke anzuweisen, jedes weitere Eindringen in die Privatwirtschaft, insbesondere in das Abgabengebiet des mittelständlichen Gewerbes, zu unterlassen. Die Regierung soll weiter auf eine Verbilligung der Strompreise für Kleinabnehmer hinwirken. Annahme fand auch ein Antrag, sofort bei den Sächsischen Werken die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich einzuführen.

Angenommen wurden weiter die Kapitels „Steuern“, „Staatsschulden“, „Schrenten“ und „Landwirtschaftsbedriebe“ sowie der Beschlusse über die Erhebung der Grundsteuer für 1931 und die Regierungsvorlage über die Einrichtung einer freiwilligen Feuerversicherung bei der Sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Protest gegen die Notverordnung

Das Haus nahm dann mit starker Mehrheit einen Klageantrag an, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung gegen die Notverordnung Protest einzulegen. Falls eine Aufhebung der Notverordnung nicht erreicht werden könne, solle die Staatsregierung auf sofortige und grundsätzliche Aenderung der Notverordnung hinwirken, vor allem auf Beseitigung der sozialen Härten. Weiter soll die Reichsregierung aufgefordert werden, die ins Rollen gekommene Kriegsghuldfrage zu einer endgültigen Lösung mit dem Ziel der Einstellung sämtlicher Reparationsleistungen in Fluß zu halten.

Die Kapitels „Veterinärwesen“, „Förderung des Luftfahrtsens“ und „Kapitalbeteiligung an der Deutschen Luftfahrt“ fanden ebenfalls Annahme.

Die Hilfe für das Schwarzwaltertal

Der Landtag stimmte dann ohne Widerspruch den Anträgen zu, die aus Anlaß der Unwetterkatastrophe im Schwarzwaltertal eingebracht worden waren. Ein sozialdemokratischer Antrag ersucht die Regierung, schnellstens den schwergeschädigten Gemeinden ausreichende Mittel zur Behebung der Notlage und Beseitigung der Unwetterhärden zur Verfügung zu stellen und bei der Reichsregierung um finanzielle Unterstützung dieser Kostensatzung vorstellig zu werden. Ein kommunistischer Antrag ähnlichen Inhalts fordert außerdem Durchführung der Wasserregulierung im Notgebiet; ein Antrag der Volkshilfsvereine Reichsvereinigung ersucht die Regierung, den verursachten Schaden sofort festzustellen und Hilfe zuteil werden zu lassen.

In der Aussprache zu den Kapiteln „Staatsrechnungshof“, „Justizministerium“, „Gesamministerium“, „Staatsbank“, „Innenministerium“, „Arbeits- und Wohlfahrtsministerium“, „Wirtschaftsministerium“, „Kreis- und Amtshauptmannschaften“, „Handel und Gewerbe im allgemeinen“ und „Ministerium für Volksbildung“ bezeichnete Abg. Siegert (Dnat.) es als einen unhaltbaren Zustand, daß seit einem Jahr eine geschäftsführende Regierung bestehe. Seine Partei werde daher das Kapitel „Gesamministerium“ ablehnen. Justizminister Dr. W a n n s e l d wies Angriffe gegen das Justizministerium zurück. Ministerpräsident S c h i e l verteidigte die Beamtenpolitik der Regierung, die sich bei der Ernennung von Beamten lediglich von sachlichen Erwägungen leiten lasse.

Sämtliche Kapitel fanden Annahme, darunter ein Antrag, die Dienstaufwandsentschädigung der Minister um ein Drittel herabzusetzen. Sämtliche Anträge, die sich auf Gehaltsföhrungen beziehen, wurden an den Befoldungsausschuß verwiesen.

Das Gehalt des Ministerpräsidenten wurde mit 30 gegen 29 Stimmen bei 30 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt, die Gehälter der übrigen Minister mit 34 gegen 25 Stimmen bei 30 Enthaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Nächste Sitzung in der Nacht vom Freitag zum Samstag, 12 Uhr.

Der Rechtsausschuß des Landtages besetzte sich mit Befoldungsfragen. Wie erinnerlich, waren ihm im Zusammenhang mit verschiedenen Anträgen diejenigen Teile des Staatshaushaltsplanes zur Beratung übertritten worden, die sich auf die Gehälter der Minister, Ministerialdirektoren und Ministerialräte beziehen. Dem Ausschuss lag das angeforderte Gutachten des Oberlandesgerichts vor, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Gehälter der im Amt befindlichen Beamten durch Art. 129 der Reichsverfassung geschützt sind (woherwobene Rechte). Eine Mehrheit von SPD,

während der Reflektionsperiode beweist, daß alle Voraussetzungen für die unbedingte Ausführung des Produktionsplanes vorhanden sind. Der Aufruf stellt für das Donezbecken vollkommen konkrete Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation der technischen Leitung und der Mechanisierung der Bergwerke von Arbeiterwanderbewegung, sowie der Verbesserung der Kultur- und Lebensverhältnisse der Arbeiter, der Ingenieure und des technischen Personals auf. Eine wichtige Aufgabe wird die schrittweise Ausweitung der Technik mechanisierter Kohlenförderung bezeichnet. Bereits im laufenden Jahre soll eine Anzahl Grubenanlagen mechanisiert werden, so daß 1932 bereits 50 Prozent aller großen Gruben völlig mechanisiert seien. Ferner sollen noch in diesem Jahre 15 in Bau befindliche neue Grubenanlagen in Betrieb genommen werden. Im Laufe von 2 Monaten soll mit der Risikierung der Arbeitslöhne ausgedrückt und spätestens am 1. September 85 bis 90 Prozent der Untertage-Arbeiter, sowie mindestens 70 Prozent der übrigen Arbeiter auf Akkordlohn umgestellt werden.

NSDAP, Aufwärtlern und Deutschnationalen beschloß aber, diesen Standpunkt nicht zu billigen und dieses Beschlußergebnis dem Ausschuss mitzuteilen. Am Donnerstag wird der Haushaltsausschuß in seiner letzten Sitzung diese Frage klären. Selbst wenn er eine Gehaltsföhrung der erwähnten Beamten beschließen sollte, so würde das keine rechtlichen Auswirkungen haben können.

Der Haushaltsausschuß hielt Mittwoch seine Schlußsitzung ab. Er hatte sich mit den Anträgen der Linksparteien auf Herabsetzung der Gehälter für Minister, Ministerialdirektoren usw. sowie auf Kürzung oder Beseitigung der Aufwandsentschädigungen zu beschäftigen. Von bürgerlicher Seite wurde gegen die Anträge scharf Stellung genommen. Gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen beschloß der Ausschuss, alle Befoldungsanträge dem Beamten- und Befoldungsausschuß zur Weiterberatung zu überweisen. Kommunistische Anträge auf völlige Abschaffung der Aufwandsentschädigungen wurden abgelehnt, dagegen mit den Stimmen der Linken die Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei beschlossen. Die Aufwandsentschädigungen der leitenden Beamten durchweg um ein Drittel zu kürzen. Endlich wurden die Entschädigungen über die Gehälter familiärer Minister, Ministerialdirektoren und Ministerialräte nach der Etatvorlage mit Stimmgleichheit abgelehnt, da ein staatsparteilicher Abgeordneter fehlte.

Anträge des Sächsischen Gemeindetages zur Notverordnung.

Der Sächsische Gemeindetag hat den Landtag des Freistaates Sachsen in einer ausführlich begründeten Eingabe darauf aufmerksam gemacht, daß die Hoffnungen der sächsischen Gemeinden auf eine fühlbare Aenderung ihrer seit langem bestehenden finanziellen Notlage durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schwer getrübt worden sind. Insbesondere ist von einer grundsätzlichen Arbeitslosenreduktion, die auch vom Sächsischen Gemeindetag dringend gefordert worden war, nichts enthalten. Wenn auf Grund der Notverordnung den Ländern und Gemeinden rund 300 Millionen RM. Redirektoren zuteil werden sollen, so muß andererseits von vornherein darauf hingewiesen werden, daß die zu erwartenden Steuerausfälle rund 440 Millionen RM. betragen werden. Dabei sind die sächsischen Gemeinden besonders ungünstig betroffen, weil die sächsischen Wohlfahrtsverbände während der übrigen deutschen Länder bei weitem überlegen. Während nämlich in Sachsen am 30. April 1931 auf 1000 Einwohner = 2,64 Wohlfahrtsverbände entfallen, beträgt die Mittel am gleichen Tage in Preußen nur 1,86, in Bayern sogar nur 0,93, in Württemberg 3,66 und auch im Reichsdurchschnitt nur 1,78. Im gleichen Verhältnis, wie die Zahlen der Wohlfahrtsverbände zueinander stehen, sind selbstverständlich auch die laufenden Unterhaltungen gestiegen. Nach neuesten Berechnungen fehlen den sächsischen Gemeinden und Bezirksverbänden für das Rechnungsjahr 1931 nach Einrechnung aller Einnahmen aus der Notverordnung zuzulegenden neuen Mittel noch rund 27 Millionen RM., wobei der zu erwartende Steuerausfall mit 28 Millionen RM. noch nicht berücksichtigt worden ist. Für diese 27 Millionen RM. muß nach Lage der Verhältnisse der Ausgleich durch den sächsischen Staat erwartet werden, der bisher von den Ländern für die Wohlfahrtsverbände unberührt geblieben ist. Eine Möglichkeit, sich insoweit an den Ländern für die Wohlfahrtsverbände zu beteiligen, ist für die sächsische Staatsregierung dahin gegeben, zum mindesten vorläufig für das Rechnungsjahr 1931 auf ihr Auskommen aus der Gewerbesteuer zugunsten der Gemeinden zu verzichten und, wie es beispielsweise die preussische Staatsregierung trotz geringerer Wohlfahrtszahlen der preussischen Gemeinden unmittelbar nach der Veröffentlichung der Notverordnung bereits getan hat, den vollen Betrag der auch für die sächsischen Staatsbeamten vorgeschriebenen Gehaltsföhrung den Gemeinden für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung zu stellen. Der Sächsische Gemeindetag hat dem Landtage und der sächsischen Staatsregierung entsprechende Anträge zu geleitet.

Die landwirtschaftliche Entschuldung für Ostschlesien

Dem Landtag ist jetzt die Regierungsvorlage über die Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung entsprechend dem Ostschlesien in den östlich der Elbe gelegenen Teilen des Freistaates Sachsen zugegangen. Zu diesem Zwecke soll in Dresden eine Landesstelle errichtet werden. Die Vorbereitungen für die Errichtung der Landesstelle sind im Gange. Die Regierung soll noch vor der Vertagung des Landtages ermächtigt werden, die im Ostschlesien und in der zweiten Durchführungsvorordnung vorgesehenen Bürgschaften in dem Umfang, der dem auf das Land entfallenden Anteil an der Entschuldungshilfe entspricht, gemeinsam mit dem Reiche zu übernehmen.

Da das sächsische Ostschlesien 2,6 v. H. des gesamten deutschen Ostschlesien ausmacht, kommen für Sachsen bei 850 Millionen verfügbaren Gesamtmitteln im Höchstfall 216 000 RM. in Frage. Die Vorlage sagt, daß bei der geschätzten Grundlage der Bank für Industrieobligationen diese Bürgschaften vorwiegend formale Bedeutung haben, so daß Verluste für die Staatskasse kaum eintreten dürften.

Der Aufruf fordert pünktliche Belieferung der Arbeiter, der Ingenieure und des technischen Materials mit Industriegütern, sowie Verbesserung der öffentlichen Speiseankalten und der Wohnungsverhältnisse. Indem der Kampf gegen offensichtliche Schädigungselemente fortgesetzt wird, so schließt der Aufruf, müssen die Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen bessere sachliche Beziehungen zu den gewissenhaft arbeitenden Ingenieuren und Technikern in die Wege leiten und dem hingebungsvoll arbeitenden Ingenieuren und Technikern alleseitige Unterstützung zuteil werden lassen.

Norwegische Unterleebote in Kiel.

Kiel. (Sunktornd.) Die drei erwarteten norwegischen Unterleebote liefen heute vormittag nach der Fahrt durch den Nordsee Kanal zum mehrstündigen Besuch ins hiesigen Hafen ein. Das norwegische Panzerschiff „Lordenstid“, das sich infolge der Stürme in der Nordsee verirrt hatte, wird erst im Laufe des Nachmittags eintreffen.

nda. Die brachte den der Sommer sprache über Pollobeghe Regierung a weil nicht k verfahren b erreicht m des Verbot nistischer K einer deut der Ueberm selmtag in das das S iproten sel Partei gefe geneigt sel, Fernbleibe ersolaten die Friede Im Vat Zusammen Deutschnat minister Scher, v. Die schaftslage der Parole den müssen Reichsregre den sie nur Regierung auch der S eovering, gaß arbeit vor, daß m man das E niffe harte einen mit blutigen A noch das v Spartakab Sportverar sowenig w das auch i das e ion bende Gsht sterbende S wehren m Plage, we aen Deutle Aus d die Abaa. i (Landvol) Lindner E ergab sich, lung nach ihren Befo Ein fa die Einfes Vorgänge wurde gea Donno Stielungs tu. U traten 100 Kieler De hite" zu wachte en gefahrt, Hamburgi führte in ersten M auf h Galt zu i Unterfark feste WIL Nachdem für ein banft hat des stam zum Behu von dort kuffen an tu. U scher Ethe folgende Der beschäftig dem im vom Do bahn so hauptet, und der überhan erste Hal kommt n nahmea Einnahme bei den gebroste Die Wei genau n liegt in Die Gen Reichsba des Hoc zu den k Eihenba das das tes Unt nicht be tu. U AUM G katastro Gemeinli cher B hind die schiedl den, no hängigen Staat n bald die gunglich

Kampf um die Landtagsauflösung.

18. Die Mittwoch-Sitzung des preussischen Landtages brachte den Höhepunkt des Kampfes um die Auflösung des Landtages. Auf der Tagesordnung stand die Aussprache über die Mitteilung des Staatsministeriums zum Volksbegehren des Stahlheims am Landtagsauflösung. Die Regierung erklärte, daß sie dem Volksbegehren nicht beitrete, weil nicht damit zu rechnen wäre, daß im Volksentscheidverfahren die notwendige Stimmenzahl (über 18 Millionen) erreicht wird. Mit zur Vertagung fanden Anträge wegen des Verbots der Spartakade sowie ein besonderer kommunikativer Antrag auf Landtagsauflösung. In dem Antrag auf Landtagsauflösung erklärte ein Abgeordneter vom Stahlheim, daß das Verbot auf Vertagung der Landtagsauflösung ausser Acht gelassen werden dürfe. Wie wenig der Stahlheim geneigt sei, einig und verbindend zu wirken, zeigte sein Verhalten bei der in Gegenwart des Reichspräsidenten erfolgten Einweisung der preussischen Abgeordneten für die Kriegsverbrechen.

Im Laufe der Aussprache kam es zu tumultuarischen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten einerseits und Deutschnationalen und Kommunisten andererseits. Innenminister Severing antwortete dem deutschnationalen Sprecher, v. Winterfeld, daß dessen hauptsächlich auf die Wirtschaftslage gegründeter Angriff eigentlich im Reichstag mit der Parole nach Landtagsauflösung hätte vorzubringen werden müssen. Aber auch die Deutschnationalen hätten in der Reichsregierung die Erfüllungspolitik mitgemacht und würden sie nur fortsetzen können, wenn sie heute wieder in die Regierung kämen. Unter Billigung eines geistigen Kampfes auch der Studenten gegen den Verfall der Verträge betonte Severing, daß rassistische Studenten, die mit Tränengas arbeiten, nicht gebildet werden könnten. Er hob hervor, daß man heute Deutschland nur dienen könne, wenn man das Vertrauen in die Festigkeit der deutschen Verhältnisse stärken helfe. Dies sei aber nicht zu erreichen durch einen mit dem Volksentscheid verbundenen politischen Kampf in einer Zeit, in der ohnehin es jeden Sonntag zu blutigen Ausschreitungen komme. Der Minister verteidigte noch das von Kommunisten beantragte Verbot der Spartakade. Grundtätigkeit sei für die Genehmigung von Sportveranstaltungen. Die Kommunisten hätten aber ebensowenig wie die Nationalsozialisten bei ihrem Sportfest (das auch verboten wurde) einen Zweifel darüber gelassen, daß es ihnen lediglich auf einen Kampf gegen das absterbende System und nicht auf den Sport ankomme. Das „absterbende System“ sei noch da und werde sich seiner Daut zu wehren wissen. Die Preussenregierung bleibe auf ihrem Platz, weil sie damit in diesen unruhigen Zeiten dem ganzen Deutschen Volk den allerbesten Dienst leiste.

Aus der verhältnismäßig kurzen Aussprache, in der noch die Abgeordneten (D. V.), Dr. Boehm (D. V.), Fischer (Landvolk), Nuschke (Staatspartei), Lodenborn (D. V.), Lindner (Volksd.) und Seipold (Komm.) das Wort nahmen, ergab sich, daß alle Oppositionsparteien für Landtagsauflösung nach wie vor eintreten. Nur haben die Kommunisten ihren besonderen Auflösungsantrag gestellt.

Ein kommunistischer Antrag, bereits am Donnerstag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Vorgänge in Fürstengraben Scheun usw. zu beraten, wurde gegen die Anträge abgelehnt. Donnerstag Abmündung über Landtagsauflösung, Sieblungsgefege usw.

Englischer Marinebesuch in Hamburg.

18. Hamburg. Am Mittwoch mittag gegen 13 Uhr traten sechs Offiziere und 60 Mann der gegenwärtig im Kiel der liegenden Kreuzer „Korfohl“ und „Dorsetshire“ zu dem angekündigten Besuch in Hamburg ein. Die Gäste wurden zunächst in der Empfangshalle des Rathauses empfangen und anschließend in den großen Saal geführt, wo Bürgermeister Dr. Beterlen im Namen des Hamburgischen Senats die Gäste willkommen hieß. Er führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus: „Zum ersten Male seit dem furchtbaren Kriege hat Deutschland und hat Hamburg die Freude, englische Marine bei sich zu Gast zu haben. So dürfen wir in dieser Lausade wohl ein Unterpfand dafür erblicken, daß haben wir drüber der feste Wille besteht, die Zeiten des Krieges zu vergessen. Nachdem Kapitän Steel im Namen der englischen Gäste für ein Willkommen in Hamburg in kurzen Worten gedankt hatte, besichtigten die Engländer das Rathaus. Trotz des stürmischen Regens führten die englischen Gäste dann zum Besuch des Hagenbedischen Tiergartens nach Stellingsma. Von dort traten sie ihre Rückfahrt nach Kiel in Autoklassen an.

Eisenbahner zur Tribünefrage.

18. Berlin. Der Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner faßte auf einer außerordentlichen Sitzung folgende Entschlüsse: Der Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner beschloß sich in einer außerordentlichen Sitzung mit dem in „Vorwärts“ aufgetauchten Plan, die Reichsbahn vom Hoover-Freierjahr auszunehmen. Wenn die Reichsbahn so glänzend dastünde, wie der „Vorwärts“ dies behauptet, dann wäre sie nicht genötigt, Kredite des Reiches und der Privatindustrie in Anspruch zu nehmen, um überhaupt Aufträge ausgeben zu können. Legt man das erste Halbjahr 1931 im Vergleich zu 30 zugrunde, dann kommt man nach vorsichtiger Berechnung zu einem Einnahmefall von über einer Milliarde Mark. Diesem Einnahmefall kann, da sowohl beim Personal wie auch bei den tatsächlichen Ausgaben bereits in gefährlicher Weise gedrosselt worden ist, die Ausgabenparität nicht erfolgen. Die Reichsbahn ist an dem Punkte angelangt, daß sie genau wie das Reich einer Erleichterung bedarf. Das liegt im Interesse unserer Wirtschaft und des Staates. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner verlangt, daß die Reichsbahn im gleichen Verhältnis an den Erleichterungen des Hoover-Jahres beteiligt wird, wie sie andererseits an den Lasten herangezogen wurde. Nicht nur die deutschen Eisenbahner, sondern das ganze Volk ist daran interessiert, daß das wertvollste Nationaleigentum, das wie kein zweites Unternehmen, geeignet ist, der Wirtschaft zu helfen, nicht verfallt.

Die Not der Gemeinden.

18. Mannheim. Die Not der Gemeinden hat in dem zum Einmünderzeitpunkt Binnweiler geborenen Orten katastrophale Ausmaße angenommen. Die Hälfte dieser Gemeinden hat sich gezwungen gesehen, einen Fehlschlag jeder Zahlungsmittel die Zahlungen einzustellen. Weder sind die erforderlichen Mittel für die Unterhaltung der zahlreichen Ausgehenden und deren Angehörigen vorhanden, noch können den Gemeindefunktionären und Arbeitern die nötigen Juli-Bezüge ausbezahlt werden. Von Reich und Staat wird erwartet, daß den betroffenen Gemeinden alsbald die notwendige Hilfe geleistet wird, um sie vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren.

Reichsfinanzminister Dietrich zur Hoover-Einigung.

18. In die Erklärung der Reichsregierung zu der jetzt erfolgten Annahme des Hoover-Planes knüpfte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erläuternde Ausführungen vor Vertretern der Presse.

Die Verzögerung der Inkraftsetzung des Hoover-Planes durch die letzten Verhandlungen, so führte der Minister aus, haben uns in einen sehr schwierigen Zustand hineingeworfen. Sie haben nicht nur für das deutsche Volk große Belastungen gebracht, sondern die Vertrauenskrise noch verschärft und dazu geführt, daß der Reichsbank Geld in einem Maße abgezogen worden ist, wie wir es vorher nie für möglich gehalten hätten. Daraus ist eine gewaltige Schwächung der deutschen Wirtschaft erwachsen und es wird nicht leicht sein, den rechnerischmäßig kaum zu ersaffenden Schaden in nächster Zeit wieder auszubalen.

Andererseits muß man sich dagegen wenden, wenn jetzt in Deutschland wieder alles so schwarz gemalt wird, als ob alles verloren wäre. Wir haben in Deutschland überhaupt die schlechte Gewohnheit, von einem Extrem ins andere zu fallen. In den Jahren 1926 bis 1928 führte übertriebener Optimismus zu einer falschen Einschätzung der Zukunftsentwicklung und jetzt wird das Wiederentkommen der Wirtschaft durch übertriebenen Pessimismus erschwert. Wenn einer Wirtschaft viele Milliarden entzogen werden, dann zeigen sich natürlich alle krankhaften Stellen und es können auch Zusammenbrüche entstehen, die gefährlich werden können. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß es ein Beweis der ganz erpauelten Lebenskraft und Energie der deutschen Wirtschaft ist, daß sie diesen ungeheuren Blutentzug überhaupt ausgehalten hat. Man weiß nicht, wieviel Geld der deutschen Wirtschaft nach dem 14. Dezember und nachher verloren gegangen ist, aber die Verluste werden zwischen drei oder vier Milliarden liegen. Das ist fast das Doppelte der Reparationsleistungen. Wir haben für diese Vorgänge keinen Vergleichsmaßstab, aber es ist kaum anzunehmen, daß viele andere Länder eine solche Erschütterung ebenso gut überstanden hätten wie die deutsche Wirtschaft.

Wenn nach den Ursachen unserer schweren Krise geforscht wird, so muß gesagt werden, daß das Grundübel in der kurzfristigen Verschuldung unserer Wirtschaft gelegen hat. Das Reich hat in dieser Beziehung ein gutes Gewissen, denn es hatte beim Ausbruch der Krise keine kurzfristige Verschuldung. Unsere 500-Millionen-Schuld läuft noch 1 1/2 Jahre. Ganz anders war es aber bei den Ländern, den Kommunen und vor allem bei der Privatwirtschaft. Man wird daraus die Lehre ziehen müssen, daß wir nicht wieder zu einem Zustand kommen dürfen, bei dem kurzfristig Kredite in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt werden können. Das Reich wird darauf hinwirken, daß die öffentlichen Kreditbehörden in dieser Beziehung anders verfahren. Eine entsprechende Einwirkung wird auch auf die Privatwirtschaft verübt werden.

Wie sich schon aus der Regierungserklärung ergibt, sollen die uns jetzt gewährten Erleichterungen dazu benutzt werden, einen besser verordneten Weltmarkt zu schaffen und einen Zustand herbeizuführen, der die öffentlichen Finanzen sichert. Die Mittel sollen also reiflich zur

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Erleichterung der Kassenlage verwendet werden. Davon hat auch die Wirtschaft Vorteil, denn wenn die öffentliche Hand sich aus der schwebenden Schuld zurückzieht und dadurch der Weltmarkt erleichtert wird, so kann die Wirtschaft wieder das erhalten, was ihr jetzt fehlt, das bewegliche Kapital. Auf diese Weise kann die Wirtschaft wieder in Gang gebracht und die Arbeitslosigkeit vermindert werden. Allen können wir das allerdings nicht schenken, sondern es ist notwendig, daß das Ausland von den Milliarden, die es uns in den vergangenen 1/2 Jahren abgezogen hat, einen Teil entweder in einer erträglichen Form langfristig zurückleiht oder uns wenigstens im Wege von Kreditkonten gegen weitere Abzüge sichert. Voraussetzung dafür ist, daß das Vertrauen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung auflebt. Das erwarten wir von den Besprechungen in Paris.

Die Einzelheiten der Pariser Lösung liegen noch nicht vor. Wir wissen, daß eine Reihe von Punkten offen geblieben sind, die technische Fragen betreffen, aber es sind auch noch sachliche Schwierigkeiten zu bewältigen. In der Erörterung dieser Fragen mit den anderen Staaten wollen wir im Geiste der freundschaftlichen Zusammenarbeit mitwirken. Wir erhoffen davon eine Wiedergeburt des Vertrauens und eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Wir haben die Hoffnung, daß die Verhandlungen nicht im Sinne heillosen Rechthaberei geführt werden, sondern daß sie getragen werden von dem gemeinsamen Willen zur Erreichung eines großen gemeinsamen Ziels im Sinne des Hoover'schen Vorschlags, den Hoover selbst im Sinne des Hoover'schen Vorschlags während des Hoover-Jahres seinen Vorschlag an Reparationen zu zahlen hat. Auch Frankreich hat jetzt diesem Grundgedanken zugestimmt und es ist die Möglichkeit geschaffen, daß auch die ungeschützten Annuitäten wieder nach Deutschland zurückkommen.

In den nächsten Monaten wird uns ein ganz schwieriger Punkt sehr beschäftigen, die Frage der Samlestungen. In den Verhandlungen ist daran festgehalten worden, daß, soweit noch Sachlieferungen abgewickelt werden müssen, diese nicht zu einer Belastung Deutschlands in diesem Jahre führen dürfen. Ein Teil der Sachlieferungsverträge kann auch abgewickelt werden, ohne daß es über Reparationskonten läuft. Weiter sind mehrere Milliarden Mk. in der S. J. S. noch nicht ausgenutzt, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden können, und dazu kommen noch erhebliche Geldbeträge, die jetzt für bestimmte Zwecke gezeichnet sind. Erst wenn diese drei Gruppen zurückgelegt sind, kommen wir zu dem schwierigen Punkt, die Auseinandersetzung darüber, welche nicht ganz leicht sein, auch noch tunen nicht, weil die Industrie zu einem großen Teil auf diese Sachlieferungen angewiesen ist und sich in einer ählichen Lage befindet, wenn diese Dinge anders abgehandelt werden müssen. Wäher hat die Industrie sich allerdings sehr verständig zu diesen Dingen geduldet. Wir kommen nur durch, wenn wir uns untereinander an dem Hoover'schen Standpunkt festhalten, daß in diesem Jahre eine direkte Belastung Deutschlands aus den Zahlungen aufgrund des Young-Planes nicht erwachsen darf.

Die Sachverständigenkonferenz in London.

18. London. Zu der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz in London berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“: Bis in die späten Abendstunden des gestrigen Tages war es in britischen amtlichen Kreisen noch nicht bekannt, ob auch die kleineren alliierten Mächte, sowie Oesterreich, Ungarn und Bulgarien zu dieser Konferenz eingeladen werden sollen. Frankreich ist, wie verlautet, für eine Teilnahme seiner östlichen Verbündeten, Belgien gebietet naturgemäß in dieser Frage zu den alliierten Hauptmächten.

Die französischen Minister beabsichtigen nicht, so schreibt der diplomatische Korrespondent weiter, während des ersten Teiles der Konferenz nach London zu kommen, und es ist auch nicht anzunehmen, daß sie später dazu geneigt sein werden. Der Grund ist, daß man in Paris fürchtet, ihre Anwesenheit in London könnte anderen Mächten die Gelegenheit geben, das Erörterungsgebiet auszudehnen und die ganze Frage des künftigen Funktionierens des Young-Planes zu erörtern.

Rundfunkansprache des Unterstaatssekretärs Calkie.

18. Washington. Unterstaatssekretär Calkie sagte gestern abend in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk, die gegenseitige Verschuldung der Regierungen sei nur ein Hindernis für die Wohlfahrt, noch schädlicher seien die unproduktiven Ausgaben für die Rüstungen. Calkie fuhr fort: Wir erleben von der zeitweiligen Vereinnahmung von den zwischenstaatlichen Schuldensahlungen, daß unter den Nationen eine so gute Stimmung und ein solches Gefühl lokaler Verantwortlichkeit entsteht, daß alle zur Abrüstungskonferenz geben mit dem festen Willen, ihr zum Erfolg zu verhelfen. Der Präsident allein kann den wirtschaftlichen Aufbau nicht ausführen; dies ist Aufgabe aller Angehörigen aller Nationen. Es gibt in Europa viele Probleme, die noch durgearbeitet werden müssen, und sie können nur gelöst werden, wenn sie in konstruktivem und mutigem Geiste in Angriff genommen werden. Wir müssen heute alle nach Sparlichkeit in allen staatlichen Behörden streben, da wir im nächsten Jahre das Problem der Inflation der Rüstungen entzündenden Verschuldung in Angriff nehmen müssen. Der Vorschlag des Präsidenten hat die Werten geöffnet für eine Rückkehr der Wohlfahrt, die jeden Bürger und jedes Land berührt. Es ist unsere Aufgabe, diese Worte offen zu halten, damit die Verantwortlichen der Nation Erleichterung zuteil werde, damit die Zunahme des Handels bei einer Besserung der Bedingungen im Ausland folge und damit alle Arbeitslosen beschäftigt werden können. Wir fangen an, zu verstehen, daß unsere Wohlfahrt von der Wohlfahrt unserer Nachbarn und nicht von ihrem Glanz abhängt. Bei den verwickelten Beziehungen zwischen den Nationen von heute muß der wirtschaftliche Zusammenbruch der einen weitreichende Folgen für alle anderen haben. Der Unterstaatssekretär wiederholte dann in seiner Rundfunkansprache nochmals, daß der Präsident nicht beabsichtigt, eine dauernde Revision der Schulden zu erwägen. Jede Ausdehnung einer solchen Maßnahme würde zweifellos den schärfsten Widerstand im Kongress hervorrufen und könnte den ganzen Moratoriumsplan zu Grunde richten.

Vor dem Ende des Schwein-Prozesses.

18. Die Lüneburger Verhandlungen wegen der Mithandlung von Fürstengesellschaften in Schwein sollen in der nächsten Woche endlich ihren Abschluß finden. Für Ende dieser Woche sind noch einige Sachverständige zu vernehmen. Bereits am Montag der kommenden Woche dürfte der Staatsanwalt sein Plädoyer halten. Das Urteil wird für Donnerstag oder Freitag erwartet.

Gegen politische Bedingungen für Deutschland.

18. London. (Funkpruch.) Der Pariser Korrespondent des Manchester Guardian verurteilt die englischen Einwendungen gegen die französischen Währungsänderungsvorschläge, die in Frankreich großes Unbehagen ausgelöst haben, zu zerstreuen. Er betont, daß der Verlust für England bedeuteten und schließt mit der Warnung: Jedes Frankreich entzogene Finanzanpassungsverständnis würde seine Haltung in politischen Angelegenheiten vertiefen. Selbst das Hooverabkommen hätte bereits diese Wirkung. Es besteht keine Notwendigkeit, daß auch von Währungs, die sich für die französisch-deutsche Zusammenarbeit einsetzen, verbreitete Forderungen, Frankreich möge Deutschland weitere finanzielle Hilfe durch die Bank von Frankreich anbieten und daran gewisse politische Bindungen knüpfen. In einem solchen Falle, sagt der Korrespondent, hätten wir guten Grund, uns Frankreich zu widersetzen. Der vorgeschlagene Erfolg für den Garantiefonds würde ein sehr schlechter sein.

Der Hochschulbesuch der Beamten.

Der Reichsfinanzminister hat nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz folgendes bestimmt: 1. Der Auffassung, daß es den Beamten und Beamtenanwärtern (Beamten im Probe- und Vorbereitungsdiens) unbenommen ist, einzelne Vorlesungen an Hochschulen als Zuhörer oder Gasthörer zu besuchen, stimme ich unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinträchtigung der dienstlichen Interessen durch den Besuch der Vorlesungen nicht eintritt. 2. Macht die Hochschulbehörde die Immatrikulation eines Beamten für ein Volkstudium von der Genehmigung seiner vorgesetzten Dienstbehörde abhängig, so ist diese Genehmigung den Beamten, die sich im Probe- oder Vorbereitungsdiens befinden, regelmäßig zu verweigern. Anträge solcher Beamten auf Urlaub oder Dienstbefreiung zur Durchführung eines Volkstudiums sind regelmäßig abzulehnen. 3. Ob einem beamteten oder außerplanmäßigen Beamten die Genehmigung zu 2. oder Urlaub oder Dienstbefreiung zu dem zu 2. angegebenen Zweck erteilt werden kann, hängt von der Lage des Einzelfalles ab. Ich erlaube, in solchen Fällen zu berichten und meine Entscheidung einzubringen. 4. Soweit der Beamte oder Beamtenanwärter ein Volkstudium ohne meine Genehmigung begonnen haben, erlaube ich zu berichten.

Bewaffnung der militärischen Kraftwagenführer.

18. Ein Ueberfall, der kürzlich auf den Führer eines Reichswehrkraftwagens im Brunwald verübt wurde, hat dem Reichswehrministerium Anlaß zu der Verfügung gegeben, daß in Zukunft die Führer solcher militärischer Kraftwagen eine Schusswaffe bei sich zu tragen haben.

Die dänischen Ozeanflieger auf der Rückfahrt nach Amerika.

18. Hamburg. Die dänischen Ozeanflieger Hjortis und Ollig werden heute vormittag von Røpenhagen kommend, hier eintreffen. Von hier werden sie nach Bremen weiterfahren, um sich heute abend an Bord des Lloydpanzers Bremen zu begeben und die Rückreise nach New York anzutreten. Das Flugzeug der Flieger wird gegenwärtig in Røpenhagen amontiert und soll mit einem Frachtdampfer nach New York nachgeliefert werden.

Unwetterwäden überall.

* Dresden. Wie zu dem am Dienstag abend über der Umgegend Dresdens niedergegangenen Unwetter noch bekannt wird, ist auch in der Gegend Röhms-Pollendorf-Dippoldiswalde durch Hagel schwerer Schaden angerichtet worden.

* Heidenau. Das Unwetter am Abend des 7. Juli hat auch über der hiesigen Gegend schwer gehaust. Auf den Feldern und in den Gärten sieht es trostlos aus.

* Chemnitz. Auf der Staatsstraße Eppendorf-Großwaltersdorf wurde der Klempner Seifert, der unter einem Baum vor dem Unwetter Schutz gesucht hatte, vom Blitz erschlagen; er hinterläßt Frau und vier Kinder.

Löbau. Bei dem schweren Gewitter, das über Löbau und Umgegend niederging, ereigneten sich mehrere Brände; glücklichweise nicht in solch großer Zahl, wie sie gerüchelt wurde.

Bautzen. Auch die Umgegend von Bautzen, vor allem die Gemeinden Storchia, Crotwitz und Ruckwitz, haben durch Hagelschlag schweren Schaden erlitten.

Greiz. Auch der Stadt- und Landkreis Greiz wurden von einem Unwetter heimgesucht. Am schwersten betroffen wurde Fraureuth.

Witzsch. Ueber Witzsch ging ein wolkenbruchartiger Regen nieder, der mehrere Stunden anhält und durch den die Straßen unter Wasser gesetzt und in reißende Sturzflüsse verwandelt wurden.

Die Rettungsarbeiten im Katastrophengebiet

Schwarzenberg. Die am Dienstagnachmittag aufgenommenen Aufräumungsarbeiten im Schwarzwassertal sind durch neue Ueberschwemmungen infolge anhaltender Regenfälle erheblich erschwert.

Ueber die Höhe des Schadens gehen die Meinungen auseinander. Während man annimmt, daß die ursprüngliche Schätzung von fünfzehn Millionen Reichsmark zu hoch gegriffen sei, wird andererseits erklärt, daß sich die Schadensziffer auf zwanzig Millionen Reichsmark erhöhen dürfte.

Die notgelandeten Flieger noch nicht frei.

X Schaumburg. Infolge der politischen Zwistigkeiten können die Rantingbehörden nichts tun, um die Freilassung der beiden notgelandeten deutschen Flieger und die Rückgabe des Flugzeuges zu erreichen.

Amtliches

Freitag, den 10. Juli 1931, nachmittags 1 Uhr, sollen in Reithain-Lager, Café Finte, 1 Schranz-Grainmophon, 1 Standuhr, 1 Kredenz, 1 Staubsauger und 1 Flurgarderobe versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts. Feldgrundstück am Krankenhaus Riesa (Flurstück Nr. 757 des Flurbuchs für Riesa) 2530 qm groß ist ab 1. Oktober 1931 anderweitig zu verpachten.

Der Rat der Stadt Riesa - Grundstücksamt - am 8. Juli 1931.

Am die am 10. ds. Mts. fällig werdende 2. Rate Einkommensteuer 1931 der Gewerbetreibenden, sowie an die Umsatztsteuer-Vorauszahlungen für das 2. Vierteljahr 1931 sämtlicher Umsatztsteuerpflichtigen, und an die am 15. Juni ds. Js. bereits fällig ge-

Anzeigen

Für die Sonnabend-Ausgabe des Riesaer Tageblattes mit Anfründigungen für Sonntag oder Montag wolle man sofort abgeben lassen.

Wasserstände table with columns for location (Moldau, Eger, Elbe) and dates (8. 7. 31, 9. 7. 31).

Elbbad Riesa: Wasserwärme 22° C.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 9. Juli 1931 zu Dresden.

Table with columns for animal types (Rinder, Bullen, Kühe, etc.), quantities, and prices.

Handel und Volkswirtschaft.

Au der Berliner Börse war die Tendenz im Gegensatz zur gestrigen freundlichen und festen Stimmung ziemlich schwach.

Dresdner Börse vom 8. Juli. Auch die Uebernahme einer Ausfallsbürgschaft der deutschen Wirtschaft gegenüber der Goldbank brachte dem Geschäft keine Anregung.

Chemnitz. Die Börse vom 8. Juli. In der heutigen Börse kam der ruhige Geschäft eine schwächere Grundstimmung zum Durchbruch.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Table listing prices for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, etc., with columns for dates (8. Juli, 9. Juli).

Bei ruhigem Geschäft uneinheitlich.

Nach den starken Preisschwankungen der letzten Tage machte sich an der Produktenbörse heute eine Beruhigung geltend.

Die Obstnutzung

des Mittags. Jahnishausen (Apfel, Birnen, Äpfeln), soll im ganzen oder in Partien, verpackt werden.

Freibank Mehltheuer.

Freitag, nachmittags 5 Uhr, freies Hindfleisch.

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren!

Graue Rabe m. schwarz. Streifen entlang, abzug. Weikner Str. 24.

Oberrealschüler mittlere Bielle, sucht Geschäftsauna in Rostock. Ang. u. B. 1018 a. Tel. Riesa.

Guter, Rinderw. s. verl. zu erzk. im Lagerl. Riesa.

Zur Hochzeit

allen Gehen u. Gelegenheiten fertigt Neben, Gedichte, Prologe uim. Schnellstens an. Heim-Verlag, Rad. Zell Waben-Roden e.

Die heutige Nr. umfasst 12 Seiten.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

Wissenwertes für Landbürgermeister aus der neuen Reichsnotverordnung.

Vortrag von Amtshauptmann Heilich-Großenhain
(gehalten auf dem Amtstag der Amtshauptmannschaft Großenhain am 7. Juli 1931 in Großenhain).

Nach einer kurzen, leicht verständlichen Erklärung über den besonderen rechtlichen und verfassungsmäßigen Charakter der Notverordnung gegenüber einer normalen Verwaltungsverordnung führte der Herr Amtshauptmann zu dem für die Bürgermeister so wichtigen Thema folgendes aus:

Das 85 Seiten umfassende neue Gesetzeswerk der Reichsnotverordnung vom 5. Juni 1931 besteht aus 7 Hauptteilen, von denen der I. die Änderungen der 1. Verordnung des Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1930 behandelt. Der 2. Teil trifft die Bestimmungen, die zur Sicherung des Haushalts des Reiches, der Länder, Gemeinden und Bezirksverbände als notwendig erachtet wurden. Im 3. Teil ist die Arbeitslosenhilfe neu geregelt. Der 4. Teil behandelt die Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Im 5. Teil ist das große Gebiet der Sozialversicherung und öffentlichen Fürsorge einseitig und radikal geändert worden. Der 6. Teil beschäftigt sich mit einer Neuorganisation der öffentlichen Wohnungswirtschaft. Und der letzte und 7. Teil trifft schwer und tief in das Wirtschaftsleben einschneidende Bestimmungen über die Handels- und Wirtschaftspolitik. Schon allein aus dieser kurzen Inhaltsangabe, die ich jetzt vorgetragen habe, ergibt sich die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Notverordnung. Man kann sagen, daß sie auf dem Gebiete des öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechts eine radikale Umwälzung bedeutet, die nicht davor zurückschreckt, entscheidend in die private Rechts- und Wirtschaftssphäre eines jeden einzelnen Bürgers einzugreifen. Aus der Rücksichtslosigkeit, mit der die Notverordnung das tut, ist zu erkennen, wie notwendig sie gewesen sein muß. Wie ihr Name sagt, ist sie als schwerer Not geboren und offenbar stand die Reichsregierung vor der Wahl, entweder die Schicksale vieler einzelner unberücksichtigt zu lassen oder Volk und Staat an den Rand schwerer Gefahr zu bringen. Diese Notverordnung bringt so tiefgreifende Änderungen des Gesetzes und der Rechtsstellung der Bürger, wie sie unter normalen Verhältnissen nur die Enttötung von Jahrzehnten hätte vollbringen können. Diesmal war das das Werk eines Nachtwortes. In amtlicher Konferenz, wo wir als Behörden des Staates und der Gemeinden miteinander sitzen, geht uns die politische Seite der ganzen Sache auch nicht das allergeringste an. Wir haben entsprechend unseres Pflichtbewußtums, unseres Treuebundes und der Gesetze, denen wir unterworfen sind, diese Verordnung so, wie sie ist, bis zur letzten Konferenz durchzuführen. Die Arbeit ist schwer genug, und sicherlich war es immer noch leichter, die Notverordnung zu schaffen, als sie nun in lebendige Wirksamkeit umzusetzen und diese schwere Arbeit liegt uns als untere Verwaltungsbehörden ob. Ich schicke meinen eigenen materiellen Ausführungen voraus, daß ich aus diesem unabweisbar inhaltschweren Gesetzeswerk nur das Wenige hervorhebe, was Sie als Gemeindeleiter

Landbürgermeister unbedingt wissen müssen. Ich werde es grundsätzlich und mit Rücksicht auf die in meinen Darlegungen mit etwas zu beschweren, was für Sie zu wissen nicht unbedingt notwendig ist, denn es kommt mir auf diesem Amtstag mit meinem Vortrage nur darauf an, Sie pflichtmäßig zu unterweisen, Ihnen bei Ihrem schweren Amt zu helfen und Sie in den Stand zu setzen, das Wissen zu beherzigen, das Ihnen heute als Laie und Landwirt in Ihrem Bürgermeisteramte zugemutet wird. Es ist viel, was von Ihnen verlangt wird, aber das erste muß Sie für Sie dahinter und Sie müssen es schaffen, genau so gut wie wir.

Nun zum Inhalt der Verordnung: Soweit die 2. Notverordnung Änderungen der 1. vom Dezember 1930 bedeutet, kommt zunächst die Grundsteuer in Frage. Es ist von jeher bei den Ländern möglich gemacht, daß sie über die bisherigen Feststellungen von Grundsteuer noch weitere Steuererhöhungen von der Grundsteuer des Landes und der Gemeinden freilassen. Allerdings kann der Reichsfinanzminister gegen solche weitergehende Landesbehörden Einspruch einlegen. Soweit die Gewerbesteuer in Frage kommt, können die Länder künftig die Festsetzung weiterer Steuererhöhungen von der Steuer des Landes und seiner Gemeinden vorzubehalten. Auch hier hat der Reichsfinanzminister ein Einspruchsrecht. Ferner kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates andere Steuererhöhungen beschließen, als sie in der 1. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vorgesehene waren. Inwieweit das Land Sachsen von diesen neuen Befugnissen Gebrauch machen wird, steht noch dahin. Vorläufig bleibt es in Sachen hinsichtlich der Grund- und Gewerbesteuer bei dem bisherigen Zustand.

Eine nicht unwichtige Änderung ist über die Bestimmungen der Bürgersteuer getroffen worden. Die Bürgersteuer wird bekanntlich nach bestimmten Einkommensstufen erhoben. Nach der bisherigen Bestimmung galt bei der Berechnung der Bürgersteuer als Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes dasjenige für den Steuerabschnitt, der dem in das Rechnungsjahr fallenden 1. Juli unmittelbar vorangeht. Jetzt lautet die Bestimmung folgendermaßen:

Als Einkommen gilt das Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes für den Steuerabschnitt, dessen Ende mindestens ein Vierteljahr vor Beginn des Rechnungsjahres liegt.
Die Bestimmung bedeutet, daß der Jahresabschnitt, dessen Einkommen der Bürgersteuer zugrunde gelegt wird, wesentlich verschoben worden ist. Für das Jahr 1931 war das bisher das Einkommen vom 1. Juli 1930 bis zum 30. Juni 1931. Jetzt ist es das Einkommen vom 1. Januar 1930 bis zum 31. Dezember 1930. Das bedeutet, daß der Veranlagungsabschnitt praktisch vorgezogen worden ist, also in erte Zeit, in der die Einkommen noch höher waren als später

oder richtiger ausgedrückt, es bedeutet praktisch eine Erhöhung der Bürgersteuer.

Die besorgniserregende, ja direkt katastrophale Finanz- und Kassenlage von Reich, Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden machte es notwendig, mit den stärksten Mitteln einmal alle zur größten Sparbarkeit durch die Macht des Gesetzes zu zwingen und sie außerdem ungeachtet jedes aus politischen Motiven entspringenden Widerstandes in den Stand zu setzen, im Bedarfs- und Notfälle alle ihnen vom Reiche noch belassenen letzten Steuerquellen restlos zu erschöpfen. Man könnte hier verfuhr sein, zu sagen, daß auf dem Gebiete der Sparbarkeit, soweit die Gemeinden und Bezirksverbände in Frage kommen, schon immer das denkbare Möglichste getan worden sei. Für die Land- und besonders Kleingemeinden können wir das Recht für uns in Anspruch nehmen, daß dies auch wirklich schon geschehen ist. In den meisten Landgemeinden ist ja bei weitem noch lange nicht das getan, was das bisherige Gesetz schon als unumgänglich notwendig verlangte. Entweder aus Mangel an Mitteln oder freimüßig vernachlässigten die Landgebiete selbst auf die Rechte und Annehmlichkeiten, die ihnen das Gesetz vorkrieb und übten damit bereits eine fast kräftige Sparbarkeit, die man aber, gemessen an den in der Gegenwart eingetretenen Umständen und Verhältnissen nicht mehr kräftlich, sondern vorsorglich und vorbildlich nennen kann, und so wie in den ländlichen Bezirksverbänden. So sehr man auch der weit überwiegenden Zahl der Städte und industrieller Bezirksverbände daselbst die übliche Genugtuung ausstellen kann, so soll doch der Sachlichkeit halber nicht verschwiegen werden, daß in manchem Ort trotz der Trostlosigkeit von Wirtschaft und Finanzen manches getan worden ist, was zwar durchaus gut und nützlich war, aber ohne nennenswerten Schaden für die Allgemeinheit sehr gut noch hätte um eine Reihe von Jahren, d. h. bis zum Ausbruch einer besseren Zeit, verschoben werden können. Unter diesen Umständen haben nun leider die Kleingemeinden mit zu leiden, denn sie werden mit gleicher Strenge von den ehernen Haushaltsvorschriften der 2. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten betroffen. Aber wiederum um der Sachlichkeit willen muß auch festgestellt werden, daß in einer Anzahl von Gemeinden Bürgerpflicht und politische Einsicht ausreichten, um zu erkennen, daß man durch eine hinreichende Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Steuerquellen dem Lande und der Gemeinde die Daseinsmöglichkeit erhalten muß. Auch in einer Anzahl von kleinen Land- und bäuerlichen Gemeinden ist das mit einer Einsicht geschehen, die Lob verdient und ein herrliches Zeugnis staatsbürgerlichen und gemeindlichen Pflichtbewußtseins darstellt. Auf der anderen Seite freilich gab es Gemeinwesen, wo diese Einsicht leider völlig oder erheblich fehlte. Darin liegt der Grund, daß auch gerade auf diesem Gebiete die 2. Notverordnung mit so un-

Staatl. Fachingen

Zu Haustrinkturen

bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsteine), Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.
Brennenschriften durch das Fachingen Zentralbüro, Berlin 51 W 8, Wilhelmstrasse 55.
Ershältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken, Drogerien usw. sowie in Dresden b. d. Fa. H. Fricke Ww. Johannstraße 23, Telefon Nr. 13216.

Wenn Du eine Schwiegermutter...

HUMORISTISCHER ROMAN VON THEOPHIL
WÄBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU
4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Hat er, hat er! Über die biide Oja, die mit die halbe Stadt sich abhielt, die mußte er längst rauschmeißen! Haste es nicht bemerkt, die ganze Weberei war durch das Frauzenimmet verdorben worden. Die hat bei de Weber jeroacht! Un wenn et ihr mal nich paßte, da is sie nich jekomm. Hat aber immer ihr Geld gekriegt.

Ich habe nie verstanden, det er ah dem Müdel so eenarren freßen konntet! Wat macht er denn nu?

In seine Schlosserei is er. Det is ooch een stattlicher Unternehmen, was mal dem alten Weinhold ein Vermögen jebracht hat.

Aba elend runterjekommen is sie!

Det is nich so schlimm! Der Reester Sparcke hält sie zusammen. Blos Reester is sie jekommen, weil sich der Georg nich mehr um die Uffträge gekümmert hat. Ehrgeizig is er ja, ich denke, det er jetzt einmal alles einsehen wird, um det Ufften zu zeigen, was eene Harke is!

Uebel is die Frau Laibacher aber nich!

Ne, ne, allens was recht ist! Bist ruhiger, ansehener ist es jetzt in Betrieb. Sie is nich streng, aber Ordnung verlangt sie, un die muß ja ooch sin, sonst lägen wir balde uß die Straße. So eene Fabrike, da hängt allerhand dran, da muß viel Jaster badient werden, wenn alles gehen soll, wie's soll!

Der Proturist hatte aus einigen Worten der Frau Laibacher entnommen, daß sich Helmut Stolze über seine Korrespondenz lustig gemacht hatte.

Wutentbrannt stellte er ihn zur Rede.

Baldwin fiel vor Schred bald hintenüber, als der allgewaltige Proturist anrückte und Stolze den Text las.

Zu seinem Erstaunen aber sah er, daß es dem gar nicht imponierte. Stolze hörte sich ruhig den Wortschwall an und verbat sich dann energisch, daß man ihn bei der Thesin verpepe.

Ich habe das beste Wörterbuch! Ichloß herr Hertling seine schwungvolle Rede.

Herr Proturist nahm Stolze ruhig das Wort. Ich habe in der Korrespondenz gelesen, ohne zu wissen, wer dafür oerantwortlich vor mir jekommet, un da mußte ich lachen, un dann kam Frau Caroline Laibacher dazu un fragte, un ich sagte, ich lasse über das Rauberwelf.

Ueber das Rauberwelf... Herr, Herr, ich verbitte mir!

Ja, es tut mir leid, aber es ist ja, Herr Proturist, soll ich Ihnen mal ein paar Ihrer Briefe übersehen? Sie lachen selber. Ich möchte Sie nicht trüben, aber korrespondieren Sie nicht mehr in Französisch und Spanisch. Das Englich ist

noch einigermaßen erträglich, aber das andere ist katastrophal.

Die können Sie das sagen, ein junger Mensch wie Sie!

Das Alter tut's beim Können nicht, Herr Proturist. Ich beherrsche die Sprachen un Sie nicht... das ist das Ganze. Daran ist nichts zu ändern.

Das ist eine Unverschämtheit!

Es liegt mir ganz fern, Sie zu beleidigen, Herr Proturist, aber man kann doch aus schwarz nicht weiß machen. Sie haben andere Kenntnisse un Qualitäten, die mir sicher oorkommen abgehen. Deswegen halte ich Sie für einen ausgezeichneten Fachmann, denn sonst würden Sie nicht Proturist eines so großen Betriebes sein.

Diese ruhigen Worte verhöhnten etwas.

Na ja, mögen Sie es besser können! Ich will das ja möglich sein lassen. Aber Sie können mir doch nicht alle Eignung zum Korrespondieren abprechen.

Im Französischen un Spanischen bestimmt, Herr Proturist, wir sind doch Männer, die gut zusammenschaffen wollen. Ich bin friedlich un werde mich Ihnen anpassen. Aber Korrespondieren ist eine ganz besondere Sache. Bei den romanischen Völkern kann man es erst, wenn man den romanischen Volksthum kennt. Der Spanier, der Franzose jage, der fault unter Umständen einmal, wenn er richtig genommen wird, der Engländer ist anders: Ware - Qualität - billiger Preis, weiter nichts.

Waren Sie in Frankreich un Spanien?

Überdies, jogar in Südamerika. Sie haben doch sicher ein Interesse, daß wir unseren überseeischen Markt ausbauen. Da sind noch reichlich Möglichkeiten vorhanden, speziell für die Weberei. Sie wissen, daß wir über einen ganz ausgezeichneten Färbmeister verfügen.

Stimmt, stimmt!

Wenn Sie Interesse haben, können wir uns einmal über den südamerikanischen Markt un was er jucht un braucht unterhalten. Frau Laibacher wird es bestimmt nicht übel oermerken, wenn sie spürt, daß ihr Proturist vorwärts freilet.

Demich, gewiß... na, gut... also, wir wollen uns vertragen, Herr Stolze... ich werde das Korrespondieren Ihnen überlassen.

Damit rauschte er - dreiviertel verhöhnt - hinaus.

Stolze sah Schute mit weitaufgelperttem Munde dahsin.

Warum reißt Sie den Mund so auf, Herr Schute?

Langsam schlossen sich die Rinnladen. Wie Sie mit dem Proturisten gesprochen haben! Grenzenlose Hochachtung lag in den Worten.

So wie man mit einem Proturisten sprechen muß! Grabeweg!

Georg ging am Nachmittage zur „Krone“.

So sehr er sich demütigt hatte, ganz hatte der Puder die Blauschönen in seinem Antlitz nicht verdrängen können.

In der „Krone“ wurde er mit lautem Hallo empfangen.

Wie immer war der dicke Jendubelt anwesend, der diesmal neben dem Herrn Bürgermeister, dem Herrn Apotheker un dem Polizeikommissar sah. Auch von seinen „Sangesbrüder“ vom Abend vorher sahen eine Anzahl an ihrem Stammtisch.

Georg spürte die prüfenden Blicke un wurde vor Kerger rot.

Als er an den Stammtisch seiner Freunde kam, sahen ihn alle verärgert an.

Der dicke Leinert jagte vorwurfsvoll: „Na, Schorich, wie willst du wieder gut machen, was uns gestern passiert ist?“

„Wer waren eigentlich die Schuste, die auf uns eingeschlagen haben?“ fragte ein anderer.

„Die Drecksche, die Drecksche!“ leuzte der kleine Kieger. „Mein Vater wird die Kerle wegen Körperverletzung verklagen!“

„Wer es war?“ rief Georg ingrimmig heroor. „Mein Schöfför, dieser verfluchte Bommer!“

„Der dicke Kerl?“

„Ja, un dann... den anderen habe ich nicht erkannt.“

„Das war euer Gärtner!“

„Der Gärtner... Ichön, den werde ich auch entlassen!“

„Du hast den dicken Bommer rausgeschmissen?“ fragten sie alle erfreut.

„Aber klar, mit Aplomb! Fristlos entlassen! Der Gärtner illegt auch! Ich brauche einen neuen Schöfför!“

„Rimm doch den Sattler Gustabi!“ riet ihm einer. „Ein prima Fahrer un diskret!“

„Ist er frei?“

„Ja, ich habe ihn gestern gesprochen!“

„Bon! Wird gemacht! Friht!“

Der Bittolo kam angejstigt. „Herr Weinhold, wünschen?“

Georg gab ihm den Auftrag, den Sattler Gustab heranzuschaffen. Der Bittolo flüchte davon. Nach einigen Minuten war er schon mit dem Sattler da. Georg engagierte ihn un gab ihm Auftrag un Vollmacht, den Wagen nach der „Krone“ zu bringen.

Aber Sattler kam nach einer halben Stunde unverrichteter Sache wieder. Hermann hatte ihm den Wagen nicht gegeben. Wutentbrannt erhob sich Georg un begab sich mit Sattler nach der Villa Laibacher.

Aber Hermann weigerte sich, auch ihm den Wagen zu überlassen.

„Mensch, was fällt Ihnen ein?“ brüllte ihn Georg an. „Ich habe Sie heute morgen entlassen! Was treiben Sie sich hier noch herum?“

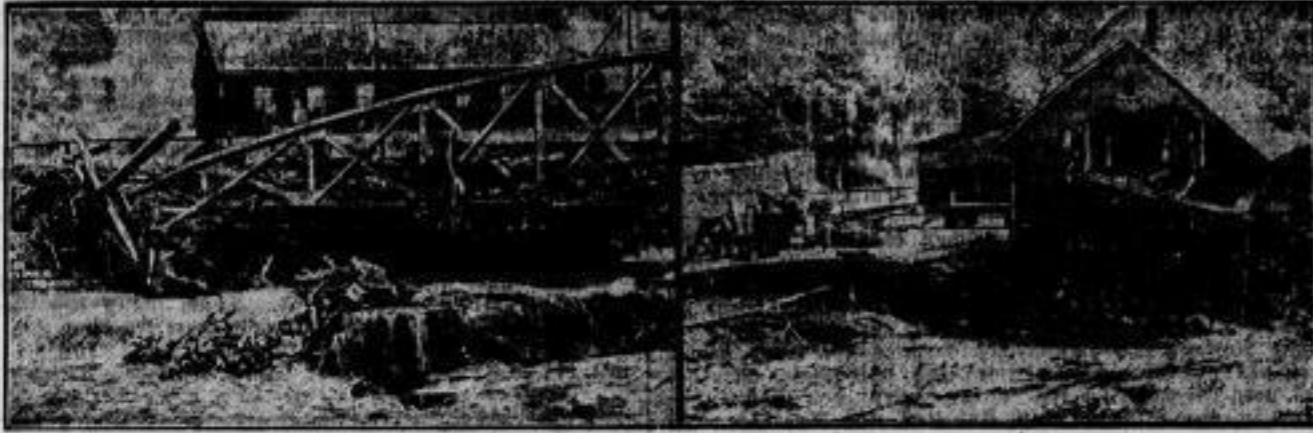
Seelenruhig entgegnete Hermann: „Die gnädige Frau ho mich gleich hinterher engagiert, Herr Weinhold.“

„Sol über meinen Wagen geben Sie heraus!“

„Das ist nicht Ihr Wagen, Herr Weinhold. Der gehört der Firma! Da hat nur Frau Caroline Laibacher zu bestimmen un niemand sonst. Ich kann da nicht machen.“

Es half nichts. Georg mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Zu Frau Caroline wollte er nicht gehen, denn e war un unrecht. Der Wagen gehörte tatsächlich der Firma. Er kaufte sich an diesem Nachmittage noch einen Wagen für 9000 Mark, die er schuldlos blieb.

Neuheit vom Fernen in Bild und Wort.

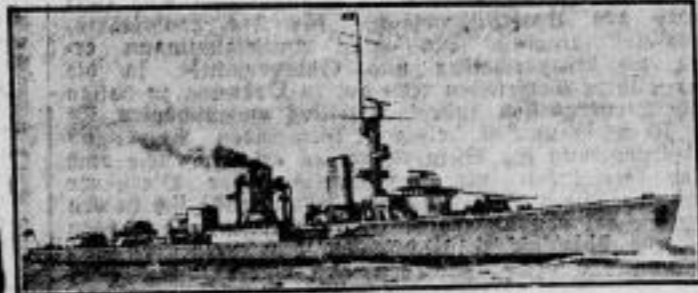


Die Unwetterkatastrophe im Erzgebirge.
Die am stärksten die Gegend um Johanngeorgenstadt betroffen hat. Durch die schweren Wolkenbrüche ist das kleine Schwarzwasserschlösschen zu einem reißenden Strom angeschwollen und hat große Verwüstungen angerichtet.



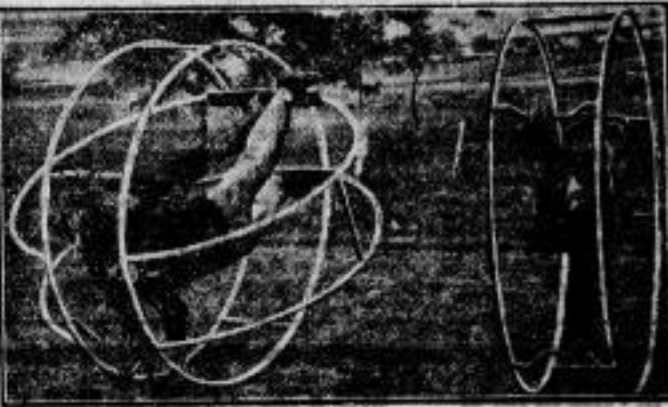
Die Schönsten im Lande.
Auch Japan wählt alljährlich die Schönste des Landes und gibt ihr den Titel „Miss Nippon“. Wie gefällt Ihnen diese kleine Madame Butterfly? — Spanien hat zeitgemäß die Schönheitskönigin „Miss Republik“ benannt.

Zur Arktis-Fahrt des Graf Zeppelin
Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird Ende Juli zu seiner Fahrt in die Polargegend starten. Die Gesamtleitung der Expedition wird Dr. Edders (oben links) haben, als Präsident der „Aeroarktic“, der Internationalen Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff. Die wissenschaftliche Leitung liegt in den Händen von Professor Samoilowitsch (oben Mitte), dem bekannten russischen Geographen und Führer des „Krafft“ bei der Rettung Nobiles. Als Vertreter der Amerikanischen Geographischen Gesellschaft und als Fachmann für Navigation im Polargebiet führt der Amerikaner Ellsworth (oben rechts) mit. Weitere Teilnehmer an der Fahrt sind (unten, von links): Leutnant-Commander Smith, amerikanischer Ozeanograph und Erdmagnetiker, Hauptmann Bruns, der Assistent Dr. Edders, Diplomingenieur Basse, Aero-geodät.

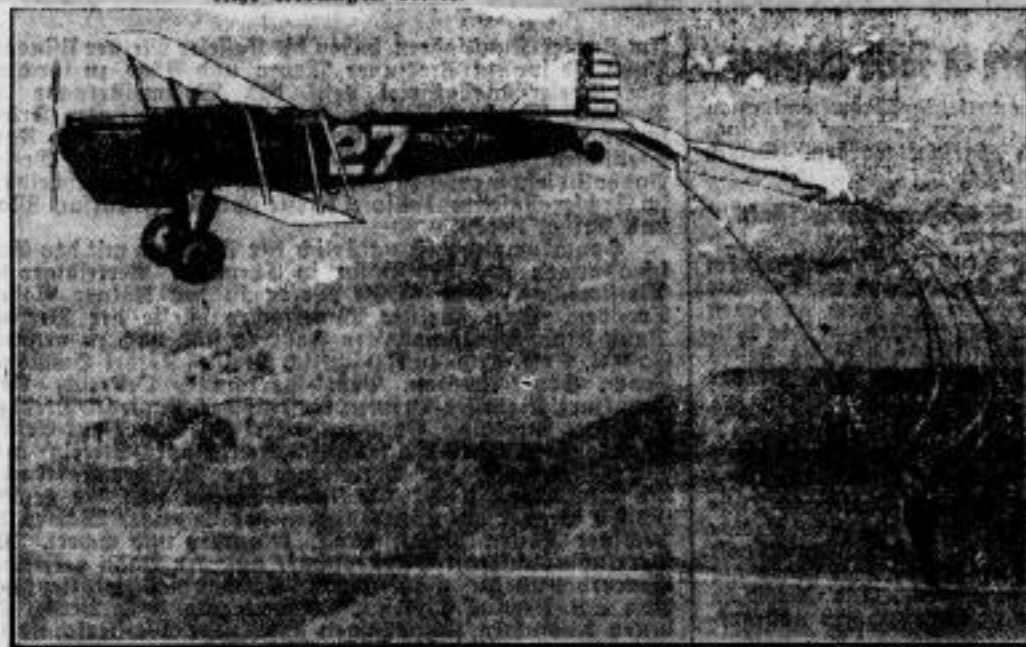


Deutscher Flottengegensuch in England.
Die beiden deutschen Kreuzer „Königsberg“ (oben) und „Karlsruhe“ (unten) werden in den nächsten Tagen den Besuch der englischen Kriegsschiffe in Kiel erwidern und nach Portsmouth fahren. Zu Ehren der deutschen Gäste werden schon jetzt Veranstaltungen vorbereitet.

Bild darunter: Opfer der Pflicht.
Der bei Kommunisten-Unruhen erschossene Berliner Polizeioberwachtmann Kuhfeld wurde unter großer Beteiligung seiner Kameraden beigesetzt.



Ein neues Räderrad.
das, im Gegensatz zu den bisher üblichen (rechts), nicht umschlagen kann und größere Möglichkeiten für sportliche Übungen bietet.



Deutsches Flugzeug in der Mongolei beschlagnahmt.
Ein Post- und Frachtflugzeug der Deutsch-Chinesischen Luftverkehrsgesellschaft „Eurasia“ — eine Junkers-Maschine vom hier gezeigten Typ „J 33“ — mußte auf seinem Fluge vom Mandschurien nach Peking eine Zwischenlandung vornehmen, bei der es von mongolischen Soldaten beschlagnahmt wurde. Eine zweite Maschine, die der verunglückten zu Hilfe kommen wollte, wurde beschossen und an der Landung verhindert.



Bild darüber.

Kann gläublich!
Ein phantastisch anmutender Unfall ereignete sich vor kurzer Zeit natürlich in Amerika: ein Pilot wollte vom Flugzeug mit dem Fallschirm abspringen, blieb aber mit dem Fallschirm am Schwanzende der Maschine hängen. Von einem anderen Flugzeug aus gelang es schließlich, dem Todgeweihten ein Messer herabzulassen, mit dem er die Seile des Fallschirms abschneiden konnte. Mit Hilfe eines Reserve-Fallschirms landete er dann wohlbehalten.

Das neue Fernsprechkabel Deutschland-Dänemark.
In Warnemünde wurde das zweite Fernkabel zwischen Deutschland und Dänemark ausgelegt, das als Ersatz für das im Jahre 1926 ausgelegte Seekabel den ständig wachsenden Fernsprekverkehr zwischen Mitteleuropa und den nordischen Ländern in Zukunft aufnehmen soll. Bei dieser Gelegenheit wurde das alte, im Jahre 1888 gelegte Guttaperchakabel, das seinerzeit dem telegraphischen Verkehr diente und völlig unbrauchbar geworden war, aufgenommen.

